

daß Frauen also in diesem Bereich diskriminiert werden. Man sollte ja glauben, daß es solche Maßnahmen im 20. Jahrhundert gar nicht mehr geben soll, daß es sie vor allen Dingen in einem zivilisierten Staat nicht mehr geben soll. Aber wo Sozialisten regieren, ist anscheinend alles möglich, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben auch kein Verständnis dafür, daß rentable Produktionszweige von den Betrieben der verstaatlichten Industrie Niederösterreichs in andere Betriebe der verstaatlichten Industrie außerhalb Niederösterreichs abgegeben werden, daß sie in andere Bundesländer verlegt werden. Als niederösterreichische Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, sollten wir verlangen, daß nicht verlegt werden soll, sondern daß zusätzlich neue, zukunftsorientierte Produkte in den Betrieben der verstaatlichten Industrie in Niederösterreich geschaffen werden. Wir stellen daher das Verlangen, daß der Bund seine Betriebe entsprechend fördert und ich darf in diesem Zusammenhang folgenden Antrag stellen *(Ziest)*:

„Resolutionsantrag

des Abg. Auer zur Anfragebeantwortung durch den Herrn Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsplatzpolitik, LT-190/1.

Das Land Niederösterreich bemüht sich tatkräftig, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es darf auch vom Bund, insbesondere hinsichtlich der verstaatlichten Industrie, erwartet werden, daß in Niederösterreich zumindest die derzeitige Substanz an Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Vor allem wären in wirtschaftlich strukturschwachen Gebieten geeignete Bundesmaßnahmen in der Richtung zu setzen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmungen dafür eingesetzt wird, daß auch außerhalb des eigenen Bereiches eine wirtschaftsbelebende Wirkung erzeugt wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß der Bund seiner volkswirtschaftlichen Verantwortlichkeit als Eigentümergebote in diesem Sinne nachkommt."

Ich darf Sie einladen, diesem Antrag beizutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal, zum wiederholten Male, darauf hinweisen, daß wir glauben, daß die Österreichische Mineralölverwaltung die moralische Verpflichtung hat, einen größeren Teil ihres Gewinnes auch in Niederösterreich zu inve-

stieren. Die Betriebe der verstaatlichten Industrie in Niederösterreich stärker wie andere zu fördern aus Mitteln der Gewinne der Österreichischen Mineralölverwaltung, wäre sicherlich hier ein gangbarer Weg. Ich darf den Antrag stellen, die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Der Abg. Dkfm. Dr. Bauer ist der nächste Redner, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dkfm. Dr. BAUER: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als die Herren Abg. Mandorff und andere die Anfrage an den Landeshauptmann Maurer betreffend Sicherung der Arbeitsplätze in Niederösterreich richteten und damit praktisch die gesamte Wirtschaftspolitik einschlossen, haben sie sicher nicht damit gerechnet, daß in der Beantwortung die Maßnahmen auf Bundesebene aus ganzen acht Teilen bestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und genau genommen nur in einer einzigen Zeile festgestellt wird, daß die Maßnahmen, die der Bund zu treffen hätte, nicht erfüllt sind. Verdutzt muß man sich daher die Frage stellen, ob wirklich auf Bundesebene für die österreichische Wirtschaft und für das Land Niederösterreich so wenig getan wird und wie diese Wirtschaft denn aussehen mag, um die sich nach der Auffassung des Landeshauptmannes Maurer die Bundesregierung zu wenig kümmert.

Nun lassen Sie mich zum letzten einige Anmerkungen machen, nämlich zur Situation der österreichischen Wirtschaft. Der Status und die Dynamik der österreichischen Wirtschaft haben in den 70er Jahren wesentliche Veränderungen erfahren. Zum einen hat Österreich in diesem Jahrzehnt seinen Rückstand gegenüber den Industrieländern aufgeholt und liegt nunmehr im Mittelfeld der entwickelten Länder. Zum anderen hat sich seit der Mitte des Jahrzehnts das im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum wie auch in anderen Industriestaaten verlangsamt. In diesem abgelaufenen Jahrzehnt ging eine wesentliche Strukturverschiebung in der österreichischen Wirtschaft vor sich, die sich vor allem in einer Änderung der Beschäftigtenstruktur sowie im sekundären Sektor der Branchen- und Produktstruktur manifestiert.

1979 arbeiteten nur mehr 9% der Beschäftigten in der Landwirtschaft, das sind um 520.000 weniger als 1955, 40% im güterproduzierenden Sektor und 51% im Dienstleistungssktor. Damit weicht die österreichische Beschäftigungsstruktur von der der entwick-

kelten Länder mehr ab. In der Branchen- und Produktstruktur erfolgte langfristig eine Verschiebung von relativ einfachen zu technologisch höherwertigen Produktionen. So repräsentiert sich die österreichische Volkswirtschaft zu Beginn dieses Jahrzehnts als eine im Vergleich mit anderen Staaten dynamische Wirtschaft, die jedoch noch immer mit spezifischen strukturellen Mängeln behaftet ist, die auch in der Handelsbilanz deutlich zum Ausdruck kommen.

So konnte trotz der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Wachstumsrate der österreichischen Exporte auf Grund der steigenden Importe der negative Außenhandelssaldo nicht verringert werden. Wir müssen feststellen, daß trotz des Aufstieges Österreichs zu einem modernen Industriestaat die Außenhandelsverflechtung und der Industrialisierungsgrad noch zu gering sind. Vor allem weist der sekundäre Bereich einen zu hohen Anteil des Basissektors sowie der traditionellen Konsumgüter auf, die der wachsenden Konkurrenz der Entwicklungsländer ausgesetzt sind. Es ist auch erforderlich, daß durch Warenexporte die Quote dafür weiter angehoben wird; da die Expansion des Fremdenverkehrs landschaftliche und damit quantitative Grenzen hat, kann die Lage in der Leistungsbilanz eben nur durch steigende Aktivitäten des güterproduzierenden Bereiches reduziert werden.

Diese Fortentwicklung des produzierenden Sektors ist durch eine ausreichend hohe Investitionstätigkeit gesichert, da diese den technischen Fortschritt und die steigende Produktivität implementieren und damit die internationale Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie und des Gewerbes sichern. Erfreulicherweise ist die österreichische Investitionsquote auch im internationalen Vergleich relativ hoch. Diese hohe Investitionstätigkeit der österreichischen Industrie ist zu einem wesentlichen Teil auf das großzügige Förderungsinstrumentarium, das gerade in den letzten zehn Jahren noch ausgeweitet wurde, zurückzuführen. Das Instrumentarium erstreckt sich über die steuerliche Investitionsförderung, die Bereitstellung von Kreditbewilligungen sowie die Absicherung der Unternehmen von spezifischen Risiken. Auf diese einzelnen Förderungsmöglichkeiten werde ich jedoch noch in der weiteren Folge detailliert eingehen.

Vorerst möchte ich noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur allgemeinen Situation machen. Vor allem möchte ich feststellen, daß diese Strukturveränderung in der österreichischen Wirtschaft im Unterschied zu anderen

Industrieländern wesentlich störungsfreier verlaufen ist. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst einer sorgsam überlegten Wirtschaftspolitik, des richtigen Einsatzes des wirtschaftspolitischen Instrumentariums sowie der Tatsache, daß insgesamt ein günstigeres Klima zur Lösung der anstehenden Probleme in Österreich geschaffen und erhalten werden konnte. Ich möchte aber auch nicht verabsäumen hinzuweisen, daß trotz dieser relativ guten Erfolge eine Reihe von Problemen und Schwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft weiterhin bestehen und eine stärkere Akzentuierung und Neuorientierung in der Industriepolitik notwendig ist, um die Struktur eines hochentwickelten Industriestaates zu erreichen. Dabei muß festgehalten werden, daß gerade im Hinblick auf den sehr kleinen Wirtschaftsraum — der Beitrag Österreichs zum Bruttoinlandsprodukt der OECD-Staaten liegt ja unter 1% — und der daraus resultierenden hohen Außenhandelsverflechtung dies eine viel höhere Notwendigkeit darstellt als für andere Industriestaaten. Dazu kommen noch die Strukturveränderungen auf den internationalen Beschaffungsmärkten, wie Energie und Rohstoffe, sowie auf den Absatzmärkten, die in immer höherem Tempo vor sich gehen und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere industrielle Struktur haben werden. Eine Reihe von Produktionen aus den Industriestaaten wird zugunsten von Schwell- und Entwicklungsländern abgetreten werden müssen. Und wir werden diese neue Struktur nur durch den Ausbau der innovativ fähigen Bereiche erreichen und die industrielle Konkurrenzfähigkeit der 80er Jahre kann nur so gesichert werden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird daher künftig der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit zukommen. Trotz beachtlicher Erhöhung der Ausgaben dafür in den letzten zehn Jahren konnte der Rückstand gegenüber den fortgeschritteneren Industrienationen zwar verringert, aber noch nicht aufgeholt werden. So liegen zum Beispiel die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozenten des Bruttonationalproduktes in den Vereinigten Staaten bei 2,5%, in der BRD bei 2,176, in der Schweiz bei 2,3% und in Österreich lediglich bei 1,2%. Wie wichtig jedoch in dieser Periode der neuen internationalen Arbeitsteilung eine gezielte und hohe Forschungstätigkeit ist, beweisen die Daten aus der Bundesrepublik Deutschland. Danach entfielen auf Sektoren, deren Außenhandelsposition sich verbessert hat, über 50% der Forschungsausgaben, wogegen Branchen mit sich verschlechternder Außenhandelsposi-

tion am unteren Ende der Forschungsliste stehen.

Als Schlußfolgerung aus den vorhergegangenen Ausführungen kann daher gezogen werden, daß an die Flexibilität des industriepolitischen Instrumentariums künftig noch höhere Ansprüche gestellt werden müssen, wollen wir, so wie in der Vergangenheit, die stabile Beschäftigung in Österreich über eine moderne und konkurrenzfähige Industrie sichern. Wenn schon die ÖVP die enormen Anstrengungen der Österreichischen Bundesregierung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur nicht zur Kenntnis nehmen will, so kann ich ihr die Anerkennung dieser Bemühungen in einer sehr angesehenen internationalen Publikation zitieren, nämlich im „Ökonomis“, der sicher nicht zu den sozialistischen Blättern zu rechnen ist und der in seiner Ausgabe vom März 1980 festhält, daß in den letzten fünf Jahren trotz Rückschlages in den Industrieländern Österreich mit mehr Erfolg als nahezu jedes entwickelte Land seine Menschen beschäftigte, seine Inflation erstickte sowie eine befriedigende Ausweitung der Produktion durch eine pragmatische Auswahl der wirtschaftspolitischen Möglichkeit erreichen konnte. Ende des Zitates.

Es wurden von der sozialistischen Bundesregierung viele Maßnahmen gesetzt, die die Strukturanpassung in den 70er Jahren ermöglicht haben und einen Weg in die 80er Jahre erleichtern werden. Diese 80er Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden aber schwieriger als die Vergangenheit sein, wenngleich ich die Entwicklungschancen nicht so negativ beurteile, wie manche Wirtschaftsexperten. Vor allem wird es zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahl in den OECD-Ländern kommen und sich ein starker Preisdruck bemerkbar machen. Zusätzlich verschärft wird diese negative Entwicklung durch Unsicherheit im Energiebereich, durch die geringe internationale Kooperationsbereitschaft und die schwierigeren politischen Rahmenbedingungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Ausgangsbedingungen und es liegt an uns, gemeinsam diese Herausforderung der 80er Jahre zu bewältigen. Unser gemeinsames Ziel muß die Erhaltung der Vollbeschäftigung und des sozialen Friedens in Österreich sein. Wir müssen bis zum Ende dieses Jahrzehntes noch weitere 300.000 neue Arbeitsplätze, wenn man die derzeitige Beschäftigungszeit beibehält, zusätzlich zu den im Zuge des Strukturwandels notwendigen Arbeitsplätzen in Österreich schaffen. Dabei werden sich die regionalen Unterschiede noch

verschärfen und die Expansion verstärkt in den innovativ fähigen Bereichen erfolgen, das heißt, daß das bereits bekannte Bild der differenzierten Entwicklung noch deutlicher zum Ausdruck kommen wird.

Ein anderes Problem, auf das ich nur kurz hinweisen möchte, wird sich aus der Freisetzung durch die Einführung der Mikroelektronik und der daraus resultierenden Qualifikationsverschiebung ergeben, trotz der Tatsache, daß die Mikroelektronik auch eine enorme Chance zur Überwindung des technologischen Paradoxes, also jener Situation der ausgereiften Konsummöglichkeiten bietet. Wie jede Basisinnovation beinhaltet auch die Mikroelektronik das Risiko der schöpferischen Zerstörung mit den enormen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze. Pessimistische Studien sprechen von einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen aus dieser Umstellung allein für die BRD und Großbritannien von 3 bis 4 Millionen Menschen. Dazu kommt die noch nicht abschätzbare Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur und deren psychische Auswirkung, die noch weiter als der Telurismus gehen wird und zu den bekannten Symptomen des Desinteresses, des Sinnlosigkeitsgefühls, der Kontaktunfähigkeit und anderem führen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen an der Schwelle zur Inflationgesellschaft mit dem Problem der Außensteuerung und des Verlustes der Applikationsfähigkeit und es liegt an uns, daß wir diesen Übergang beherrschen und sozial kontrollieren, da wir sonst Gefahr laufen, daß eine Gesellschaft entsteht, die mit unserer demokratischen Wertvorstellung nicht mehr übereinstimmt. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind industrie- und strukturpolitische Fragen, da alle notwendigen Veränderungen in die sozialen Erfordernisse, in eine Grundsatzpolitik enden und eingebettet werden müssen. Die Strategie unserer künftigen Strukturpolitik muß nach dem Grundsatz erfolgen, daß wir unsere spezifischen Stärken nutzen und nicht die Schwächen unserer Wirtschaft verteidigen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf die Anfrage des Abg. Mandorff und andere noch detailliert eingehen. Auf die Frage zur Schaffung des budgetpolitischen Rahmens, der jene Förderungs- und Kostensenkungsmaßnahmen und dadurch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht, ist zu bemerken, daß dies durch eine Reihe von Förderungsaktivitäten erfolgt. Dabei umfaßt das förderungspolitische Instrumentarium die direkte und indirekte Wirtschaftsförderung. Man muß sich dabei immer vor Augen halten, daß Struk-

turpolitik kein Ziel ist, sondern eine permanente Aufgabe darstellt und daher auch die Instrumentarien auf ihre Wirkung hin laufend überprüft werden müssen. Es erfolgte aber nicht nur eine Prüfung auf ihre Wirksamkeit, sondern die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung wurden in diesem Jahrzehnt wesentlich angehoben und seit 1970 bis 1980 nahezu verfünffacht. Während 1970 noch 1,9 Milliarden Schilling Investitionsförderungen gewährt wurden, sind es heute bereits 9,4 Milliarden Schilling. Die indirekten steuerlichen Förderungen brachten geschätzte Steuereinsparungen für die Steuerpflichtigen im Zeitraum von 1970 bis 1979 von 122 Milliarden Schilling, meine sehr verehrten Damen und Herren, und allein im Jahre 1979 sind die Einsparungen daraus 17 Milliarden Schilling für die österreichischen steuerpflichtigen Unternehmer. Durch diese steuerlichen Maßnahmen zählt Österreich im internationalen Vergleich zu den niedrigsten Belastungsländern. (Abg. Kurzbauer: Sogar Ihre Kollegen *schmunzeln* da!) Das ist nicht richtig, was hier angeführt wurde, wir liegen unter den letzten drei Ländern der Industriestaaten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sind die Fakten und nicht diese Illusionen, die Sie immerzu machen, daß die Steuerbelastung der einzige Grund ist, daß man strukturnotwendige Verschiebungen nicht bewältigt. An direkter Wirtschaftsförderung — jetzt, Abg. Fidesser, kannst Du vielleicht aufpassen — wurde nämlich im Rahmen des Bundeshaushaltes folgendes gewährt: Besondere Förderungsmaßnahmen 3,5 Milliarden Schilling. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Abgeordneten sind ja dagestanden und meinten, daß nichts getan wurde. Ich wollte nur zeigen, was der Bund nun tatsächlich für Ausgaben, für Wirtschaftsförderungen in diesem Jahrzehnt geleistet hat. (Abg. Buchinger: Sind das Budgetansätze) Das sind an Förderungsmaßnahmen 1970 bis 1979 abgerechnet — bitte die Budgetansätze 1980 bringe ich getrennt, selbstverständlich — 3,5 Milliarden Schilling für diesen Zeitraum, der Budgetansatz allein 1,5 Milliarden Schilling. Für allgemeine Förderungsmaßnahmen 6,9 Milliarden Schilling, Ansatz 1980 1,5 Milliarden Schilling. Ich sage immer den Zeitraum 1970—1979 und das Budgetjahr, daß das klar gestellt ist. Darunter fallen die Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Bürges-Kreditaktion, ebenso wie Aktionen, die zur Anhebung der Struktur in der Papierindustrie und allen diesen spezifischen industriepolitischen Maßnahmen zu zählen sind.

Aber lassen Sie mich auch eine Kreditaktion herausgreifen, zum Beispiel die Klein-

kreditgewerbeaktion und die Existenzgründungsaktion. Bei der Existenzgründungsaktion wird nämlich von Ihnen gefordert, daß sie verbessert gehört. Sie wurde verbessert, indem man einerseits die Altersgrenze von 40 auf 45 Jahre erhöhte, andererseits auch die Mittel auf 2 Millionen Schilling an hob. Der Herr Bundesminister Staribacher hat das Land Niederösterreich ersucht, hier auch eine Verdoppelung der Mittel vorzunehmen, wie das die Länder Burgenland, Wien und Kärnten gemacht haben. Diesem Wunsch hat sich das Land Niederösterreich nicht angeschlossen.

Als Exportförderung wurden Haftungsübernahmen und Exportfondskredite gegeben, und zwar in einer Größenordnung von 5,4 Milliarden Schilling; 1,9 Milliarden Schilling sind für 1980 vorgesehen.

Darüber hinaus wurden im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung insgesamt Bundesmittel von 6,4 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt und allein 1,3 Milliarden Schilling für das Jahr 1980 vorgesehen. Für die Schlechtwetterregelung im Baugewerbe 2 Milliarden Schilling sowie eine Reihe sonstiger abstützender Maßnahmen. (Abg. Kurzbauer: Schlechtwettergelder sind *Arbeitsplatzförderung*?) Diese Mittel dienen genauso der Arbeitsplatzsicherung.

Für die Förderung der Landwirtschaft sind 9,3 Milliarden Schilling aufgewendet worden und für das Jahr 1980 1,3 Milliarden Schilling vorgesehen.

Besondere Ausweitung werden jedoch der Bereich Forschungsförderung sowie die Zuschüsse zur Energieforschung, die erstmals 1978 gewährt wurden, erfahren. Für den Zeitraum 1970—1979 wurden für die Forschungsförderung insgesamt über 2 Milliarden Schilling aufgewendet. Zur Abrundung dieses Förderungsinstrumentariums wurden Kapitalbeteiligungen und Bundesdarlehen in der Höhe von 8,5 Milliarden Schilling gewährt und 1 Milliarde Schilling für das Jahr 1980 vorgesehen.

Insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden also in der Periode 1970 bis 1979 45 Milliarden Schilling direkte Wirtschaftsförderung gewährt, und wie schon erwähnt, allein 1980 10 Milliarden Schilling vorgesehen. Diese Wirtschaftsförderung wurde für zukunftssträchtige Investitionen eingesetzt und auch verstärkt nach dem Gesichtspunkt der regionalen Förderung vergeben. Das Bundesland Niederösterreich hat davon in den Jahren 1975, 1976, 1978, 1979 über Kommunaldarlehen mehr als 100 Millionen Schilling, über ERP-Kredite mehr als 1 Mil-

liarde Schilling und im Rahmen der Zinsstützungsaktion über 2 Milliarden Schilling sowie im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung über 400 Millionen Schilling erhalten.

Dazu kommen noch die erheblichen Investitionen des öffentlichen Bereiches zur Verbesserung der Infrastruktur in Niederösterreich und die Raumplanungsaktionen des Bundes in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Niederösterreich. So wurden dem Land Niederösterreich im Rahmen des ERP-Grenzlandsonderprogrammes 200 Millionen Schilling, der NÖ Grenzlandförderungsgesellschaft 30 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Weitere Bundesmittel wurden im Rahmen des agrarischen Grenzlandsonderprogrammes in der Größenordnung von über 100 Millionen Schilling zugesagt.

Die jüngst im Parlament behandelten 50 Millionen Schilling, die schon einige Male heute zitiert wurden, sind für das Waldviertel sicher ein wesentlicher Beitrag zur Lösung dieses regionalen Problems. Wir sind, wie der Resolutionsantrag zeigt, natürlich auch überzeugt, daß es notwendig ist, auch anderen benachteiligten Regionen solche Sonderförderungen angedeihen zu lassen.

Die Forderung nach Erhöhung der Umweltschutzinvestitionen wurde sowohl durch die Erhöhung der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds — die Mittel stiegen von 2,5 Milliarden Schilling für den Zeitraum 1960—1969 ein Teil davon liegt unter Ihrer Mehrheitsregierung auf 18,4 Milliarden Schilling in den letzten zehn Jahren (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Sagen Sie fairerweise dazu, daß das Geld der Länder und Gemeinden sind aus dem 3. Mehrwertsteuersatz!*) —, wie auch durch gezielte Umweltschutzaktionen für Industrien erfüllt, wo zum Beispiel für die Papierindustrie zusätzliche Mittel flüssig gemacht wurden. (*Abg. Fidesser: Wir haben damals den Betrieben mehr Geld gelassen, darum brauchten wir es ihnen nicht geben!*) International das Gegenteil! Ferner wurden über die Investitionen im Rahmen des ERP-Fonds wichtige strukturverbessernde Maßnahmen auf allen Gebieten der Wirtschaft eingeleitet und mitfinanziert.

Zum Abbau der Investitionssteuer ist zu bemerken, daß sie ja bereits vorzeitig ausgesetzt wurde und sich auch die österreichischen Unternehmer 1,2 Milliarden Schilling erspart haben. Das war eine Forderung von Ihnen, aber wir haben es schon vorzeitig erfüllt, also die Forderung kam zu spät.

Zur Förderung der Investitionen zum Energiesparen sowie Schaffung neuer Energiequellen ist zu sagen, daß uns Sozialisten die Dringlichkeit des Energiesparens sowie die

Erschließung neuer Energiequellen absolut bewußt ist. So haben wir im Rahmen der verstaatlichten Industrie zur Verringerung der Importabhängigkeit große Anstrengungen unternommen, die heimischen Lagerstätten durch die Erhöhung des Entölungsgrades, und zwar durch Einführung von Sekundär- und Tertiärmethoden auf 36% bzw. 42% anzuhähen. Die Erdgasversorgung soll durch über große Tiefen, wie zum Beispiel die letzte über 7.000 m, ebenfalls verbessert werden. Dies ist ein Beitrag zur Energiequellenerschließung. Durch intensive Prospektions- und Restaurationsarbeiten soll auch die Kohle verstärkt zur Energieversorgung beitragen. Diese Prospektionsarbeiten werden auch im Lande Niederösterreich durchgeführt. Ferner werden große Anstrengungen von den Unternehmen der verstaatlichten Industrie unternommen, stoffgebundene Wärmeverluste sowie die Abhitze der chemischen Reaktionen für Heizzwecke zu nutzen. Vom Bund werden diese Maßnahmen im Energiebereich durch Steuerbegünstigungen, z. B. vorzeitige AFA von 60% oder durch Einbeziehung der Förderung von Kraft-Wärme-Kupplung, Kleinkraftwerken und Wärmepumpen, gefördert und unterstützt. Für die privaten Haushalte werden die Ausgaben für Energiesparmaßnahmen künftig als Sonderausgaben anerkannt, damit auch der Anreiz auf der privaten Ebene verstärkt wird. Auch die Zinsenzuschußaktion zur Erschließung heimischer Rohstoffe und die Einführung von Recyclingverfahren sind hier als weitere Maßnahmen in der Energiepolitik zu nennen. Wir wissen aber auch, daß trotz dieser Unterstützung die Abhängigkeit vom Ausland in energiepolitischer Hinsicht steigen wird und daß die alternativen Energien zwar einen wichtigen, aber mittelfristig kaum 5% übersteigenden Beitrag zur österreichischen Energiebilanz leisten werden. Die größte Chance, Energieeinsparungen zu erreichen, liegt in der Drosselung der Energieverluste beim Primärenergieeinsatz, wo bekannterweise mehr als 50% verlorengehen. Ebenso ist die verstärkte staatliche Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Energiebereich eine wichtige Stütze zur Bewältigung der künftigen Energieversorgung.

Was nun die Förderung und Schaffung von Exportringen betrifft, auch das zu Ihrer Beantwortung, bin ich absolut der Auffassung, daß dies notwendig ist. Erfreulicherweise gibt es im Land Niederösterreich bereits einen Exportring, aber es gibt einen sehr erfolgreichen Exportring auch in Graz, den ich hier zitieren möchte, der über 12 Jahre bereits arbeitet, Unternehmen mit nahezu 11.000 Mitarbeitern umfaßt und hier Servicefunktionen

für diese kleinen und mittleren Betriebe erfüllt, vor allem Auslandskorrespondenz, Dolmetscherdienste, Beratungen und alles das, was mit einem Export eben verbunden ist. Ich glaube, daß auch in Niederösterreich über den Apparat der Kreditinstitute sowie durch Erweiterung der Aktivitäten der Kontrollbank eine ähnliche Einrichtung geschaffen werden sollte. Mir schwebt dabei trotz der Konkurrenzsituation der Kreditinstitute eine Exportinformationsbank des Kreditapparates vor.

Zur Frage der Vereinfachung der Lohnverrechnung sei nur angemerkt, daß dies in der Steuerreformkommission behandelt wird und entsprechende Vorschläge erarbeitet werden.

Was nun die Verbesserung und Beratung der Betriebsneugründungen betrifft, weil das praktisch noch einmal gekommen ist, habe ich ausgeführt, daß sich das Land Niederösterreich dieser Aktion nicht angeschlossen hat, nämlich der Verdoppelung dieses Kredites.

Zur Kontrolle der Lebensmittelimporte ist anzumerken, daß eine Importkontrollverordnung nach dem Lebensmittelgesetz unbedingt notwendig ist, um eine mögliche Bevorzugung importierter Lebensmittel gegenüber den im Inland streng und regelmäßig kontrollierten Lebensmitteln zu verhindern. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz arbeitet daher an einem Entwurf für eine Importkontrollverordnung. Die spezifische Problematik liegt darin, effektive Grenzkontrolle und reibungslosen Handelsverkehr auf einen Nenner bringen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nun sehr ausführlich zu den Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft Stellung genommen und zu den Förderungsmaßnahmen des Bundes, die auf die Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur abzielen. Und ich hoffe, daß dies zur Anfrage des Abg. Mandorff und andere eine notwendige Ergänzung der Unterlagen des Herrn Landeshauptmannes Maurer dargestellt hat. Aber ich möchte auch sagen, daß wir zu diesen vehementen Angriffen, die hier von verschiedenen Abgeordneten immer wieder auf gewisse Projekte losgelassen werden, eine Klarstellung treffen wollen. Das Autoprojekt wird von Ihnen immer wieder zitiert. Es ist richtig, meine Herren, daß es eine sehr hohe Förderung beinhaltet, es ist richtig, daß hier eine gewisse, sagen wir Schwierigkeit bei Verhandlungen mit anderen hin und wieder entstehen kann; das ist durchaus richtig, aber es war eine notwendige Maßnahme, glaube ich, weil wir einfach solche Großbetriebe brauchen, um diese

Implikation für andere Bereiche zu haben. Und wenn Sie glauben, daß Sie diese Größenordnung in irgendeiner anderen Region errichten hätten können, auch vom Arbeitsplatzangebot her, dann ist das einfach nicht richtig. Dieses Projekt muß in einem Ballungsraum angesiedelt werden, weil man sonst auch von der Facharbeiterqualifikation bis zu den notwendigen anderen Strukturbedingungen nichts erfüllt hat. Ich bin überzeugt, daß diese Auswirkungen auf die Zulieferindustrie vor allem den niederösterreichischen Betrieben zugute kommen werden.

Was nun die Inflation betrifft: Der Herr Abg. Auer meint, daß sie galoppierend ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, daß ein erhöhter Preisdruck gegeben ist, es ist aber genauso richtig, daß Österreich noch immer zu den stabilsten Ländern in Europa und innerhalb der OECD zählt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Buchinger: Ich kann mich erinnern, daß der Herr Bundeskanzler gesagt hat, wir leben hier!)* Es ist notwendig, daß man in der Wirtschaftspolitik vergleicht. Man muß Vergleiche einfach anstellen, um sagen zu können, wie man liegt, weil ja auch die internationale Konkurrenzfähigkeit auf Grund dieser Situation entsteht, nämlich wie wettbewerbsfähig ist die Industrie. *(Abg. Buchinger: Das haben Sie aber zwischen 1966 und 1970 nicht geiten lassen!)* Herr Abg. Buchinger, ich glaube, Sie weisen immer wieder darauf hin, wie schlecht die Wirtschaft jetzt ist. Ich habe hier einen sehr alten Auszug der Handelskammernachrichten Niederösterreich, und zwar vom 19. März 1968, in dem festgestellt wird: „Niederösterreichs Industrie kämpft gegen die Flaute.“ Da wird gesagt, daß diese ungünstige Situation im Jahre 1967—1968 bereits die Zahl der Industrieneugründungen entsprechend gedrückt hat, daß 1966 noch 2.300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten und heute nur mehr 17 Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Handelskammernachrichten aus dem Jahre 1968! *(Abg. Steinböck: Da sind ja die Wirtschaftswachstumsgesetze gekommen!)* Ich lese Ihnen auch weiter vor: „Durch diese Strukturbereinigung wurden 3.600 Arbeitskräfte freigesetzt, die allerdings in anderen Unternehmen zum Teil wieder untergebracht werden konnten.“ Sie klagen hier über diese Flaute in der Wirtschaft und das war nicht heute, das war 1968, wo die internationalen Bedingungen nicht um soviel anders waren. Und sehen Sie, die internationalen Bedingungen waren noch nie so schwierig als gerade jetzt, weil nämlich die Arbeitslosenzahlen in

einem solchen Maße steigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, innerhalb der OECD werden die Arbeitslosenzahlen von 19 auf etwa 22 bis 23 Millionen laut letzten Prognosen hinaufklettern. Und uns ist es gelungen, nicht nur die Arbeitsplätze zu erhalten, sondern 400.000 neue Arbeitsplätze in dieser Periode zu schaffen. Das ist nur uns gelungen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Blochberger: Wo kriegt man die zu kaufen?)*

Ich möchte auch zur Frage der verstaatlichten Industrie etwas sagen. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme aus der verstaatlichten Industrie. Ich möchte hier kein Referat zur „Verstaatlichten“ halten, aber es ist eine sehr interessante Feststellung, daß die Herren Abgeordneten der ÖVP für die Verstaatlichten so viel Herz haben, daß sie nicht genug gefördert werden kann, und im konkreten, täglichen Geschäft wird die Verstaatlichte überall gehindert, Expansionen zu machen, weil sie angeblich andere behindert oder Schwierigkeiten macht. Es geht auch darüber hinaus so, daß zum Beispiel die Mitglieder bestimmter Gremien, Aufsichtsratsgremien, sehr wohl mitstimmen, andere Gremien politisch wieder dagegen sind oder umgekehrt, *(Abg. Präsident Dipl.-Ing. Robl: So wie jetzt bei Androsch und Kreisky wegen der Steuern!)* so daß ich aus meiner Sicht sehr schwer sagen kann, daß es eine einhellige Auffassung zur verstaatlichten Politik in Ihrer Fraktion gibt.

Nun lassen Sie mich sagen, der Herr Abg. Auer hat sehr massiv Stellung genommen und gefunden, daß die Verstaatlichte gefördert werden soll. Ich kann mich dieser Auffassung selbstverständlich anschließen. Er hat auch einen Resolutionsantrag eingebracht und ich glaube, wenn man den abändert, könnten wir ihn gemeinsam beschließen. Nämlich abändert in der Form, daß der Bund und Land Niederösterreich sich bemühen, tatkräftig die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze in der Verstaatlichten zu schaffen. Es darf auch von der verstaatlichten Industrie erwartet werden, da sie neben der Erhaltung der eigenen Arbeitsplätze in wirtschaftlich strukturschwachen Gebieten Maßnahmen setzt, die über den eigenen Bereich hinaus wirtschaftsbelebende Wirkung erzeugen. Und auch dazu ein Wort. Wir haben uns als ÖIAG und als Dachgesellschaft der verstaatlichten Industrie auch gegenüber dem Herrn Landeshauptmann Maurer nicht nur gesprächsbereit gezeigt, sondern immer gesagt, daß wir, wenn es eine Möglichkeit gibt, auch kooperieren in Form von gemeinsamen

Gesellschaften, Gründungen in Problemgebieten. Das ist richtig, wir bekennen uns zu diesem Grundsatz und das werden wir, wo immer die Gelegenheit ist, auch tun.

Aber wenn hier Befürchtungen geäußert werden, daß die Verstaatlichte zu wenig tut, dann muß das zurückgewiesen werden. Wissen Sie, Herr Abg. Auer, ich glaube, Ihnen sind die Zahlen der letzten 10 Jahre nicht bekannt, was die verstaatlichte Industrie betrifft. Die industrielle Aufwärtsentwicklung in Niederösterreich ist in hohem Maße, ob man nun jetzt politisch auf der rechten oder linken Seite steht, von der Entwicklung der verstaatlichten Industrie abhängig und getragen worden. Der Anteil der Beschäftigten in der Verstaatlichten stieg zum Beispiel von 1973 bis 1978 in Niederösterreich von 13,8% auf 16% und dies in einer Zeit, wo die übrige Industrie in Niederösterreich 9,6% weniger Beschäftigte hat. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, da kann man ja nicht sagen, daß nichts getan wird im Rahmen der verstaatlichten Industrie. Gerade die verstaatlichte Industrie wirkt ja stabilisierend auf unsere Wirtschaft und man soll nicht immer wieder diese Verstaatlichungsdebatte so politisch mißbrauchen. Ich bekenne mich zum gemischtwirtschaftlichen Prinzip und glaube, daß wir gemeinsam diesen Weg gehen sollten, den wir in den abgelaufenen Jahren gegangen sind, da wir eben in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft viele große Geschäfte machen können, denn die kleinen und mittleren Betriebe können es sich ja in der Regel von der Organisation her nicht immer leisten, in fernere Märkte zu exportieren, in fernere Märkte hineinzugehen. Sie können es sich nicht leisten, Verhandlungen mit großen Unternehmen zu führen, weil ihnen auch hier gewisse organisatorische Grenzen gesetzt sind. *(Abg. Dr. Bernau: Dazu gibt es einen Außenhandelsapparat! Wie Sie vielleicht schon gehört haben, funktioniert er ganz außerordentlich!)* Soll ich Ihnen sagen, daß gerade der Herr Dr. Meier vom Dachverband der allverarbeitenden Unternehmen diese Mitnahmefunktion der verstaatlichten Industrie in manchen Bereichen sehr unterstützt! Das muß immer von Fall zu Fall geprüft werden, aber wo es sich bewährt und wo es für die anderen interessant ist, dort soll es getan werden. *(Abg. Fidesser: Der hat keine Ahnung von der Situation! Er kennt nur die verstaatlichte!)* Aber was glauben Sie, wieviel Sie brauchen an know how, um zum Beispiel auf einem Markt in Südamerika aufzutreten zu können. Da sind schon sprachliche Barrieren, die hier die kleinen Betriebe unter Umständen haben. *(Abg. Dr. Bernau: Das*

können sie wohl. Es ist nur der Außenhandelsapparat zur Verfügung zu stellen!) Nicht der Handelsdelegierte, der Betrieb hat ja die Hemmnisse. (Abg. Dr. Bernau: Wir haben 15 Jahre im Außenhandel gearbeitet. Wir kennen das genau!) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kenne ganz genau die Außenhandelsorganisation der Bundeskammer! (Abg. Dr. Bernau: Die kennen Sie nicht, sonst würden Sie nicht so einen Blödsinn reden!) Ich sage Ihnen jetzt eines: Wenn das alles so gut wäre, dann würden viele Betriebe ja nicht in Schwierigkeiten stehen. (Beifall bei der SPO.) Ich habe Ihnen gesagt, wie das wirklich steht. (Abg. Dr. Bernau: Mehrwertsteuer! Das sind die Dinge, die dem Apparat schaden!) Nicht das einzige, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber einer der Gründe, daß organisatorische Grenzen gesetzt sind. (Abg. Blochberger: Dolmetscher brauchen wir!) Na bitte, es ist ja so, daß die Abg. Manndorff und andere die Gründe vordringlich genau in dieser Servicefunktion gesehen haben, weil die kleinen und mittleren Betriebe nämlich nicht Zugang haben. Deshalb wurde ja das von den Herren Abgeordneten verlangt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Dr. Bernau: Sie verwechseln ja alles!) Das ist ja Tatsache, deshalb hat man es ja verlangt. Aber lassen Sie mich auch sagen, der Herr Landeshauptmann Maurer und auch wir alle sind sehr stolz darauf, daß Niederösterreich aufgeholt hat, daß das Land Niederösterreich an der ersten Stelle als Industrieland steht. Wissen Sie, da muß man aber auch gerecht sein und sagen, daß 52% aller Investitionen in Niederösterreich von der verstaatlichten Industrie geleistet werden. (Beifall bei der SPÖ.) Das muß man auch dazusagen. Wenn wir schon gemeinsam stolz sind, dann muß man sagen, daß 52% aller Investitionen von der verstaatlichten Industrie geleistet werden. (Abg. Ing. Schober: Herr Kollege, das ist ja keine Kunst. Wir haben den größten Prozentsatz der Verstaatlichten Industrie!) Aller Industrieinvestitionen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Fidesser: Wir sind sehr stolz auf die Verstaatlichte Industrie! Tun Sie uns nichts unterschieben!) Im Vergleich dazu lag die Zahl vor 1970 nur bei 37%, das ist die richtige Vergleichszahl! (Unruhe im Hause. — Zweiter Präsident Binder gibt das Glockenzeichen.) Bitte? (Abg. Ing. Kellner: Ich rede von Österreich gegenüber anderen Ländern!) Na, wir sind gerade in Niederösterreich, ich habe jetzt Niederösterreich angezogen. Jedenfalls müssen wir feststellen, daß wir stolz sind, das erste Industrieland im Reigen der Bundesländer zu sein, und wir müssen dazu

iesthalten, daß die Hälfte von der verstaatlichten Industrie ohne den Einsatz des Landes Niederösterreich durchgezogen wird. Das muß man also dazu sagen.

Ich möchte damit auch bereits schließen, nachdem hier sehr detailliert Stellung genommen wurde zu der Anfrage und die notwendige Ergänzung erfolgte. Ich möchte Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir Sozialisten uns nicht durch die Methode der ÖVP, die Leistungen des österreichischen Volkes und der Österreichischen Bundesregierung zu ignorieren, beirren lassen. Wir werden den österreichischen Weg der 70er Jahre auch in den 80er Jahren fortsetzen, weil er der einzige Garant dafür ist, die Vollbeschäftigung in Österreich zu sichern und damit den sozialen Frieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Was nun die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes Maurer betrifft, muß ich namens meiner Fraktion feststellen, daß sie auf Grund der Nichterfüllung dieser Aspekte, die ja sehr wesentlich sind, eine sehr einseitige und nicht ausgewogene Anfragebeantwortung darstellt, vor allem auch, weil sie nicht das erfüllt hat in ausreichendem Maße, was wir uns auch auf Landesseite erwartet haben, wie zum Beispiel bei der Kapitalbeteiligungsgesellschaft, deren Auffangfunktion wir nirgends verankert haben. Wir können als sozialistische Fraktion diese Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stelle daher den Antrag, diesem Antrag nicht die Zustimmung zu geben.

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster Redner ist der Abg. Haufek zu Wort gemeldet.

Abg. HAUF EK: Herr Präsident! Hohes Haus! Auf Grund von zwischenzeitlich durchgeführten Absprachen zwischen beiden Landtagsklubs möchte ich meinen ursprünglich gestellten Antrag zurückziehen. Ich stelle nunmehr einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Abg. Haufek und Mag. Freibauer mit folgendem Inhalt:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Haufek und Mag. Freibauer zur Anfragebeantwortung durch den Herrn Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, Ltg. Zl. 190/1.

Der Niederösterreichische Landtag begrüßt den von der Bundesregierung dem Nationalrat vorgelegten Antrag auf Überschreitung des Bundesbudgets in der Höhe von 50 Millionen Schilling für Zwecke der Förderung von Arbeitsplatzgründungen im Waldviertel.

Dieser Antrag geht auf eine Besprechung über ein Entwicklungsprogramm für das Waldviertel zurück, die am 16. Februar 1979 zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung im Bundeskanzleramt stattgefunden hat. Der Niederösterreichische Landtag ersucht die Niederösterreichische Landesregierung, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß auch für andere niederösterreichische Grenzgebiete mit ähnlichen Strukturchwächen raschest gleiche Förderungsaktionen eingeleitet werden."

Ich bitte nunmehr, diesem modifizierten Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster Redner der Abg. Freibauer bitte.

Abg. Mag. FREIBAUER: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich bin nun froh, daß es zur Abänderung des ursprünglichen Antrages gekommen ist, denn die Fragen des Grenzlandes sind zu ernst, um hier zu unterscheiden zwischen Grenzland im Waldviertel und Grenzland im Weinviertel. Die Bevölkerung des Grenzlandes im Norden und im Osten unseres Heimatlandes hat überall große Sorgen und ich glaube, es muß weiterhin unser Ziel sein, hier eine gemeinsame Grenzlandpolitik fortzusetzen.

Wir freuen uns, daß nun die Bundesregierung bereit ist, dem Waldviertel sozusagen als ersten Schritt eine gewisse Hilfe zu bieten mit den 50 Millionen Schilling, wo auch das Land Niederösterreich 50 Millionen Schilling geben wird. Es ist nun unsere Aufgabe, dahingehend zu wirken, daß nicht in ferner Zukunft, sondern raschest diese Hilfe auch der Bevölkerung und den Betrieben im Grenzland des Weinviertels und im übrigen Grenzland im Osten unseres Bundeslandes zueute kommt. Die Lösung der Probleme des Waldviertels und des ganzen Grenzlandes ist ebenfalls von Bund und Land gemeinsam zu erarbeiten und koordiniert zu verwirklichen. Die Bevölkerung erwartet diese Hilfe von uns. Schließlich sind Laa, Retz, Haugsdorf, Poysdorf, auch wenn die Probleme da und dort unterschiedlich sind zu den Problemen des Waldviertels, jedenfalls auch ein Sorgenkind unserer Politik für das Grenzland.

Diese Bezirke liegen in der nordöstlichen Ecke unseres Staatsgebietes an der toten Grenze und es ist das größte Problem in diesem Gebiet, daß die arbeitende Bevölkerung ständig abwandert. Wenn man die Arbeitslosenzahlen anschaut, dann wird man in unserem Gebiet, in diesem Grenzgebiet, fest-

stellen, daß die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Landes oder im Bundesdurchschnitt liegt, aber nur deshalb, weil jeder, der eine Arbeit sucht und in unserem Gebiet keinen Arbeitsplatz findet, eben abwandert in den zentralen Raum Wien. Die Bevölkerung, die den Arbeitsplatz im Zentralraum Wien findet, pendelt zunächst, übersiedelt dann und schließlich haben unsere Arbeitnehmer das Pendeln satt und wandern ab. Seit 1971 zum Beispiel kann man feststellen, daß in einzelnen Gemeinden des Bezirkes Poysdorf, dort kenne ich die Zahlen ganz genau, Abwanderungen oder Bevölkerungsverluste, müßte man besser sagen, bis zu 30% festzustellen sind. Seit 1971 hat die Bevölkerungszahl also in manchen Gemeinden und Katastralgemeinden des Bezirkes Poysdorf um bis zu 30% abgenommen. Daß das ein Alarmzeichen ist, glaube ich, braucht man nicht eigens zu sagen. Jeder vierte Arbeitnehmer in diesen Bezirken im Grenzland des Weinviertels ist ein Pendler und damit auch ein möglicher zukünftiger Abwanderer. Junge arbeitssuchende Leute können oft nur auf Arbeitsplätze nach Wien vermittelt werden. Der Sog dieses großen Raumes Wien ist das Verhängnis für unsere Gemeinden an der Grenze. Die grenznahen Orte werden auf diese Art und Weise in kürzester Zeit leergepumpt. Oder muß ich jetzt fragen, haben unsere Absichten unsere Gegenmaßnahmen zur Abwanderung Aussicht auf Erfolg? Ich hoffe und ich bin Optimist, daß alles, was wir hier planen, was das Land Niederösterreich hier vorhat in der Regionalpolitik und wo wir die Unterstützung der Bundesregierung immer wieder erwarten, doch erfolgreich sein wird. Und das soll ja auch in diesem gemeinsamen Resolutionsantrag zum Ausdruck kommen.

Es ist ja heute sehr engagiert gesprochen worden für das Waldviertel. Daß es auch im Weinviertel Probleme und Schwierigkeiten gibt, die die Bevölkerung zu lösen hat und bereit ist, diese Probleme zu lösen, möchte ich hier nur kurz anführen. Die schwierigsten Probleme sind: Zu wenig Arbeitsplätze in den Regionen Hollabrunn und Mistelbach, die starke Abwanderung, die schleppende Firmensiedlung, obwohl hier aufgeschlossene Industriegebiete vorhanden sind, auch in unserem Raum, vor allem durch großen Einsatz der Gemeinden. Das liegt also ganz ähnlich wie im Waldviertel. Es gibt ein mangelhaftes interregionales Verkehrsnetz, es ist also kaum möglich, an einem Tag zwischen Mistelbach und Hollabrunn hin und wieder zurück zu fahren, und so ist es auch zwischen Poysdorf und Laa sowie Laa und Retz. Das

durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung liegt weit unter dem österreichischen Durchschnitt, auch bedingt dadurch, daß ein hoher Anteil der Berufstätigen in der Landwirtschaft tätig ist. Das ist noch ein Anteil von rund 40%.

Aber es gibt auch positive Punkte. So haben wir, wie ich schon gesagt habe, aufgeschlossene Industriegebiete durch den Einsatz der Gemeinden. Wir haben eine noch relativ intakte Nahversorgung und vor allem große Initiativen und Aktivitäten der Bevölkerung, die zum Beispiel auch sichtbar werden in der Gemeindearbeit, wo große Opfer im kulturellen Bereich, im Freizeitbereich, im Sportbereich und überall gebracht werden. Die Bevölkerung ist also bereit, wenn sie nur irgendwo einen Hoffnungsschimmer sieht, intensiv mitzuarbeiten und Opfer zu bringen.

Und was soll geschehen? Es sollen Arbeitsplätze geschaffen werden. Errechnet sind 2.800 notwendige Arbeitsplätze in der Region Hollabrunn bis zum Jahre 1986 und in der Region Mistelbach 4.100. Darüber hinaus wird es noch zusätzliche Pendler geben. Die Landwirtschaft braucht eine wesentliche Hilfe. Allein in der Region Mistelbach gibt es ja 12.000 hauptberuflich in der Landwirtschaft tätige Menschen. Das durchschnittliche Einkommen dieser in der Landwirtschaft tätigen Mitbürger soll angehoben werden, zumindest auf das Lohnniveau, das im Bereich Gewerbe und Industrie vorhanden ist. Und dazu ist es notwendig, der Landwirtschaft neue Möglichkeiten zu eröffnen. In einer Wortmeldung des Kollegen Spieß ist das heute auch deutlich durchgekommen. Die Energie aus landwirtschaftlichen Produkten soll weiterhin ein Schwerpunkt unseres Forderungsprogrammes sein. Die Fremdenverkehrseinrichtungen im Weinviertel sollen weiter ausgebaut werden, auch Ausflugs- und Wochenendverkehrsmöglichkeiten als Naherholungsmöglichkeiten für die Wiener. Der Ausbau des Verkehrs, nicht nur des Schnellbahnverkehrs nach Hollabrunn, nach Mistelbach und von Gänserndorf bis Bernhardsthal, sondern auch des Verkehrs bis nach Retz und bis nach Laa an der Thaya, und der Straßenausbau zur Verbesserung des Verkehrs innerhalb der Regionen soll vorangetrieben werden. Die Nahversorgung, die derzeit noch funktioniert, kann man sagen, wird aber gefährdet durch die starke Bevölkerungsabnahme. Hier sind vor allem für die kleinen Gewerbetreibenden, die in Schwierigkeiten kommen, entsprechende Hilfen zu setzen. Bei den Wohnungen ist es so, daß es viele Wohnungen gibt, die unter dem normalen Standard liegen. Es müssen also auf dem

Sektor der neuen Wohnungen und der Wohnungsverbesserung besondere Maßnahmen auch im Weinviertel gesetzt werden. Die ärztliche Versorgung ist nicht zufriedenstellend, was praktische Ärzte betrifft und Zahnärzte. Es gibt zu wenige. Die Krankenhäuser werden ausgebaut und es sollen vom Schwerpunkt Krankenhaus auch Impulse ausgehen und wir hoffen, daß dann auch mehr praktische Ärzte bereit sind, in unserem Gebiet Dienst zu machen.

Im Schulwesen ist es so, daß jährlich 120 Handelsschüler absolvieren und diese im ganzen Weinviertel nicht untergebracht werden können. Es muß hier zu einer Umschichtung kommen. Es müssen andere berufsbildende Schulen im Raum angeboten werden, denn es weiß jeder von uns, es würden halt die Ausbildungsmöglichkeiten, die das sind, in Anspruch genommen. Ein Lehrling hat zwar zuerst einmal den Wunsch, Mechaniker zu werden, kriegt er aber keine Mechanikerlehrstelle, dann wird er auch Friseur, wenn er nichts anderes findet. Und so ist es auch bei den Schulen. Wollen wir also die notwendigen Voraussetzungen für Betriebsgründungen schaffen, dann sind auch auf dem Ausbildungssektor die entsprechenden Änderungen durchzuführen. Wir freuen uns, daß in Retz — das ist ja heute beschlossen worden — die Landwirtschaftliche Fachschule ausgebaut wird, daß vor kurzem beschlossen wurde, daß auch Laa endlich eine gewerbliche Berufsschule erhält, und daß die Landwirtschaftliche Fachschule in Mistelbach ausgebaut wird. Aber man braucht auch Ausbildungsstellen für Holzverarbeitende, für Metallverarbeitende Berufe und das fehlt in den Grenzbezirken des Weinviertels.

Die ÖMV, die aus dem Weinviertel ihre großen Gewinne zieht, hat auch die Verantwortung, die Gewinne zumindest zum Teil wieder der Bevölkerung des Weinviertel zur Verfügung zu stellen. Hier müssen wir darauf dringen, daß eben die ÖMV als solider Betrieb auch wirtschaftlich belebend wirkt für das ganze Weinviertel.

Wie verhindern wir also, daß ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen ist, der Arbeit nachzulaufen und schließlich von zu Hause fortzulaufen? Dazu ist also notwendig, auf all den Gebieten, die ich genannt habe, in der Landwirtschaft genauso wie bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs genauso wie bei der ärztlichen Versorgung und in den Schulen, durch die gemeinsamen Anstrengungen des Landes Niederösterreich und der Bundes-

regierung Verbesserungen zu schaffen. Es soll die gemeinsame Grenzlandpolitik, die nun im Land Niederösterreich eingeschlagen wurde, nicht zerstört werden, nicht aufgegeben werden. Es soll also nicht dadurch, daß man für ein Gebiet, zum Beispiel für das Waldviertel, Erfolge erreicht, darauf vergessen werden, daß es in anderen Grenzgebieten ähnliche Probleme gibt.

Daher wird die ÖVP-Fraktion dem nun abgeänderten Resolutionsantrag die Zustimmung geben. Es ist nur noch eine Fehlerbereinigung durchzuführen, und zwar beim letzten Absatz. Ich lese am besten den neuen letzten Absatz so vor, wie er lauten soll:

„Der NÖ Landtag ersucht die NÖ Landesregierung, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß auch für andere niederösterreichische Grenzgebiete mit ähnlichen Strukturschwächen raschest ebenfalls Förderungsaktionen eingeleitet werden.“

Nach diesen Änderungen soll dieser Antrag auch für das Grenzgebiet im Weinviertel Erfolge bringen, das ist mein Wunsch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächstem Redner erteile ich dem Abg. Auer das Wort.

Abg. AUER: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich ziehe meinen ursprünglich gestellten Antrag zurück und darf statt dessen einen gemeinsamen Antrag einbringen, der nun folgenden Wortlaut hat:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer und Bauer zur Anfragebeantwortung durch den Herrn Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, Ltg. Zl. 190/1. Bund und Land Niederösterreich bemühen sich tatkräftig, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es darf auch von der verstaatlichten Industrie erwartet werden, daß sie neben der Erhaltung der eigenen Arbeitsplätze in wirtschaftlich strukturschwachen Gebieten Maßnahmen setzt, die über den eigenen Bereich hinaus wirtschaftsbelebende Wirkungen erzeugen.“

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster Redner gelangt der Abg. Leichtfried zu Wort.

Abg. LEICHTFRIED: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zum Resolutionsantrag des

Abg. Mandorff Stellung nehmen und gleich den Antrag stellen, den Punkt 1 getrennt vom übrigen Antrag abstimmen zu lassen, weil wir als sozialistische Fraktion dem Punkt 1 zustimmen werden. Der Begründung und der übrigen Schlußfolgerung können wir nicht zustimmen, weil die Begründung nach unserer Auffassung sachlich unrichtig ist und auch die Punkte 2 und 3 Feststellungen enthalten, die nicht den Gegebenheiten entsprechen. Es wird hier von bereits erarbeiteten Leitbildern und Maßnahmenkonzepten gesprochen, die es weder für das Waldviertel noch für die übrigen Gebiete in Niederösterreich gibt, sondern die Regionalkonzepte werden erst dem Raumordnungsbeirat vorgelegt und die Maßnahmenkonzepte sind erst in den Regionalbeiräten zur Ausarbeitung. Einige Konzepte liegen vor, so ein Verkehrskonzept, ich glaube für Hollabrunn, ein Arbeitsplatzkonzept für die Region Gmünd — Waidhofen an der Thaya. Das ist aber bei weitem nicht alles, sondern wir brauchen selbstverständlich auch Konzepte für die Landwirtschaft, für den Fremdenverkehr und für viele andere Bereiche. Ganz abgesehen davon wird hier im Punkt 2 festgestellt, und dem können wir nicht zustimmen, daß diese Leitbilder und die Maßnahmenkonzepte des Landes die Grundlage für die Lösung der Probleme des Waldviertels sein sollen. Wir wissen, daß wir nun seit vielen Wochen und Monaten ein Waldviertelkonzept gemeinsam mit dem Institut für Raumplanung ausgearbeitet haben und daß man natürlich nun versuchen muß, dieses Ergebnis des Institutes für Raumplanung, das die Bundesregierung nunmehr als Grundlage hat, gemeinsam mit den Konzepten des Landes abzustimmen, aber nicht hier ausschließlich sagen kann, daß lediglich der Maßnahmenkatalog des Landes die Grundlage für die Lösung der Probleme im Waldviertel sein kann. Daher können wir den Punkten 2 und 3 nicht zustimmen.

Ich darf nochmals beantragen, über diesen Antrag des Abg. Mandorff getrennt abstimmen zu lassen. Punkt 1 und den übrigen Bereich.

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Danke. Nun gelangt der Herr Landesrat Schneider zu Wort.

Landesrat SCHNEIDER: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich bin hier mehrfach apostrophiert worden und darf zu einigen Punkten schon aus diesem Grund Stellung nehmen.

Herr Abg. Kaiser hat gemeint, ich hätte eine falsche Auskunft erteilt vor dem Regierungsbeschluß betreffend die Richtlinien zur Innovation. Bitte das stimmt nicht. Die Situation war so, daß ich dort lediglich auf die

Frage des Herrn Landesrates Grünzweig — ich erinnere mich sehr genau —, ob es nicht klug sei, wenn auch eine Zeitverzögerung damit verbunden ist, doch noch die Kommission für Industriepolitik mit dieser Frage zu beschäftigen, gebeten habe, der Eile wegen das zu beschließen, und daß ich die Bemerkung angeführt habe, daß in der Industriekommission allgemein über dieses Problem gesprochen wurde. Das stimmt auch, denn wir haben dort allgemein über Innovation und über die Notwendigkeit einer Innovationstätigkeit, Förderung usw. gesprochen. Dadurch kam dieser Regierungsbeschluß zustande und damit hatten wir Richtlinien, um endlich einmal tatsächlich die vielen Wartenden zu bedienen, mit den gegebenen Möglichkeiten der Innovationsförderung. Ich darf Ihnen sagen, daß bereits mehrere Fälle eine positive Erledigung gefunden haben, daß ein Unwille schon vorhanden war der Zeitläufe wegen, die dahinterstanden. So hat sich die Situation abgespielt.

Was die Kommission für Industriepolitik angeht, Herr Kollege Kaiser, ist es so, daß wohl Parteienverhandlungen nach der letzten Landtagswahl stattgefunden haben, daß auch eine Parteienvereinbarung vorbereitet war, die aber nie Rechtsgültigkeit erlangt hat. An und für sich hatte ich keine zwingende Begründung, mich dafür zu verwenden, eine derartige Kommission wieder ins Leben zu rufen. Ich habe das aus freiwilligen Stücken getan und aus Überzeugung, daß es gut sei, dieses Instrument mit zur Verfügung zu haben. Keine wie immer geartete zwingende Notwendigkeit, sondern eine Fleißaufgabe von mir, die Kommission für Industriepolitik ins Leben zu rufen. Dadurch sind Sie dann zusammengetreten, haben aus Ihrer Mitte den Herrn Abg. Manndorff zum Vorsitzenden gewählt und sind tätig geworden. (*Abg. Kaiser: Sie verwechseln die Parteienvereinbarung mit dem Landtagsbeschluß!*) Ich verwechsle das nicht! Die Parteienvereinbarungen sind nicht gültig geworden. Von einem Landtagsbeschluß habe ich nicht gesprochen. Die Parteienvereinbarungen haben sich mit ähnlichem befaßt. Sie sind nicht rechtsgültig geworden und haben mich aus politischer Sicht nicht gezwungen, etwas derartiges zu tun. Das müssen Sie noch genau durchdenken, dann kommen Sie auch drauf. Ich habe von mir aus dem Abg. Manndorff erklärt, es wäre gut. Lassen Sie mich bitte zunächst doch einmal ausreden Herr Kollege. Dadurch ist die Kommission für Industriepolitik wieder tätig geworden. Manndorff wurde Vorsitzender und Sie sind mehrfach zusammengetreten.

Sie haben noch etwas völlig falsches gesagt,

nämlich ich hätte mir nie Zeit genommen, dort einen Kurzbericht über die wirtschaftliche Situation zu machen. Bitte lesen Sie vielleicht die Protokolle nach, ich habe immer, bei jeder Sitzung, ohne daß das instauriert war, zu Beginn einen Kurzbericht über die wirtschaftliche Situation gemacht und habe mir erlaubt, die arbeitsmarktpolitischen Zusammenhänge anzuschließen. Ich habe natürlich keinen stundenlangen Monolog gehalten, da wären Sie wahrscheinlich weggegangen. Das haben Sie zur Kenntnis genommen. Sie haben dann angeregt, man solle das zur Dauereinrichtung machen, man solle zwingend vorschreiben, das zu Beginn der Sitzung zu machen. Ich habe sofort gesagt, wenn Sie das wünschen, sehr gerne, nur ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, erstmalig mit dieser Ihrer Wunschvorstellung in Erscheinung zu treten, weil ich mich einmal entschuldigen mußte und da wäre es zum erstenmal dazu gekommen, daß ich zwingend diesen Kurzbericht hätte erstatten sollen.

Wenn Sie meinen, es ermangle mir an einer gewissen Faszination gegenüber der Kommission für Industriepolitik, so darf ich Ihnen ein offenes Wort sagen. Ich habe sie niemals minder geachtet, nur ist bei mir die Faszination dort aus, wo Zeitverluste in Erscheinung treten, die mir untragbar erscheinen. Es ist unmöglich, so weitgehende Vorstellungen wie Sie vielleicht haben, zu effektuieren, wenn darüber hinaus dringende notwendige Erledigungen zeitlichen Schaden leiden. Dort ist die Abgrenzung meiner Faszination, wenn Sie die Formulierung so hören wollen.

Zum Zweiten: Wirtschaftspolitik. Sie sagen selber, 430.000 unselbständig Beschäftigte und 112.000 in der Industrie. Daß wir die Industriepolitik in Niederösterreich vorrangig betreiben und betrieben haben, erweist sich erstens einmal aus dem Status, in dem wir uns seither befinden, zweitens aus dem Förderungsinstrumentarium gegenüber der Industrie.

(*Präsident Dipl.-Ing. Robl übernimmt den Vorsitz.*)

Es gibt kein zweites Bundesland, das in wenigen Jahren nur diesem Bereich so viel Förderungen zugemittelt hat wie wir. Ich will gar nicht die ganze Litanei aufzählen, ich sage Ihnen nur eines, daß die Pro-Industrie-Aktion in der kurzen Zeit Ihres Bestehens über eine Milliarde an zinsbegünstigten Darlehen denjenigen Industriebetrieben zugemittelt hat, die aus arbeitsmarktpolitischen Gründen vorrangig beurteilt wurden. Das war auch eine Kritik, die nicht angebracht ist, weil das Merkmal Nummer eins nämlich die Arbeitsmarktmerkmale sind. Ob hier

neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, ob die Erhaltung bestehender eine Rolle spielt und in welcher Region es stattfindet, nach diesen Kriterien wurde die Vergabepolitik gemacht. Wenn aber dieses Land auch noch über 40.000 sonstige Betriebe hat, wenn es geprägt ist von einer mittelständischen Wirtschaft, würde ich mich wahrscheinlich als Wirtschaftsreferent eines Versäumnisses schuldig machen, nicht auch diese anderen Bereiche entsprechend zu erfassen, die da sind, Handel, Gewerbe, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld- und Kreditwesen, weil sie ja 90% der niederösterreichischen Wirtschaft ausmachen, 90% dieser Betriebe sind klein und mittelständig geprägt. Inzwischen ist mir sehr bewußt geworden, daß diese Betriebe ungeheuer wichtig sind für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen, weil sie auch in kritischen Zeiten fast fehlerlos allen wirtschaftlichen Notwendigkeiten standgehalten haben. Daher diese verschiedenartigen Förderungen, daher eine Wirtschaftspolitik mit einer Betonung industriepolitischer Entwicklungen, aber nicht zu eingewichtig, weil das nicht vertreten werden könnte.

Was die Auffanggesellschaft anbelangt, weiß ich, daß Sie an und für sich gerne hätten, daß in jedem Förderungsinstrument auch die Auffangfunktion enthalten wäre. Wir haben von Seiten der Österreichischen Volkspartei gemeint, daß es nicht gut sei, in jedem Instrument auch diesen Gesichtspunkt einzubauen. Hier haben Sie dem Kollegen Auer unrecht getan, wir haben seit langem darüber gesprochen — vielleicht wird es nicht Auffanggesellschaft heißen, vielleicht wird sie einmal Entwicklungs- und Erneuerungsgesellschaft heißen — ob wir etwas schaffen können, wo gesondert und losgelöst von der übrigen Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit des Auffangens mancher Betriebe betrieben werden kann. Allerdings möchte ich etwas dazu sagen. Hier wird es nicht darum gehen, eine strukturversteinernde Fehlerquelle einzubauen, sondern dort, wo eben aus den heute schon vielzitierten Notwendigkeiten auch der Strukturpolitik manchmal Wünsche keine Erfüllung finden können, diese in einer eigenen Entwicklungs- und Erneuerungsgesellschaft zu demonstrieren. Daher ist diese Form gewählt. Nachdem finanzielle Zusammenhänge mit dem Budget bestehen, wird es offenbar erst mit Beginn des neuen Budgetjahres dazu kommen, daß wir dieses Instrument mit dem entsprechenden finanziellen Unterbau haben.

Was die hier dauernd hervorgebrachte Kritik anbelangt, daß wir gegen General-Motors

wären, meine Damen und Herren, so stimmt das ja gar nicht. Was uns nicht paßt, sind die übergroßen Förderungen, die dahinterstehen, weil sie präjudizierende Wirkungen haben und weil man sich abwürgt gegenüber jedem anderen Investor mit der uferlos langen Erklärung, warum dort alles und da nur so wenig, was ja die Leute nicht verstehen. Daher haben unsere Herren heute hier kritisch dazu Stellung genommen. Wir sind aber nicht grundsätzlich dagegen, daß nunmehr ein Automobilkonzern in Österreich eine Neuentwicklung hoffentlich mit positiven Folgewirkungen beginnt. Ob der Herr Abg. Bauer recht hat, daß die Standortwahl gar so richtig ist in einem Ballungsraum, wo es ohnehin eine sehr 'kritische Situation am Arbeitsmarkt gibt, wo nämlich die Fachleute gar nicht vorhanden sind, was dann vielleicht mit der Entwicklung einen Absog vom Wiener Raum, vom Weinviertel etc. herbeiführen wird, das wollen wir der Zukunft überlassen, das würde eine abendfüllende Diskussion ausmachen. (*Abg. Dkfm. Dr. Bauer: Die Sogwirkung habe ich nicht ausgeschlossen!*) Ja, das wird die Zukunft lehren. Es gibt sehr sorgenvolle Bemerkungen, auch der Wiener Politiker in dieser Frage. Aber bitte, ich möchte mich darüber nicht äußern. Ich sage nur, daß Wien derzeit darüber nachdenkt, eine Abwerbeaktion für Spezialisten zu machen, die uns in Niederösterreich erhebliche Substanz kosten würde. Das kann ja auch nicht wahr sein, daß auf diese Art und Weise manche Arbeitsplätze besetzt werden. Das würden wir uns wirklich nicht gefallen lassen. Mit diesen Sorgen beschäftigen sich manche. Sie haben eine andere Meinung. Wollen wir die Zukunft auf dem Gebiet klärend wirken lassen.

Ich habe vor kurzer Zeit Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Landeshauptmann Maurer in Deutschland auch als Werber für Betriebsansiedlungen unterwegs zu sein. Wir haben beispielsweise, ich nenne hier keine Firmennamen, in einem großen LKW-Werk auch für Ihre Reifen geworben, Herr Kollege Kaiser. (*Abg. Kaiser: Mit welchem Erfolg?*) Mit dem Erfolg, daß wir jetzt für 400 Millionen, vorher für 300 Millionen LKW-Reifen für diese Schwer-LKW zwischen 6 und 16 Tonnen Ladegewicht verkaufen. Das sind die größten Autos, die dort gemacht werden. Es ist uns nicht gelungen, das sage ich Ihnen auch gleich dazu, beim gleichen Betrieb im Endfertigungswerk für PKW's ähnliche Erfolge zu erzielen. Da ist man uns die Antwort schuldig geblieben. Da haben wir auch gebeten, anlässlich des Ausstoßes von einer halben Million Einheiten pro Jahr doch auch das Semperitfabrikat mit in die Überlegung

einzu beziehen. Das ist noch nicht beantwortet worden und ich kann mich dazu heute noch nicht äußern. Aber auf die Frage, ob man bei etwaigen Betriebsansiedlungen die österreichischen Möglichkeiten ins Auge fassen wolle, wurde sofort vom dortigen obersten Entscheidungsorgan unter Vorsitz des Präsidenten des Vorstandes die Gegenfrage gestellt an den Landeshauptmann, ob man mit ähnlichen Förderungen rechnen könne, wie sie bei dem amerikanischen Automobilkonzern vorgesehen sind. Damit war die Gesprächsbasis für uns entzogen. Ich kann also sagen, daß nur aus dieser Begründung und aus keiner anderen diese kritischen Bemerkungen hier dauernd gemacht werden und nicht, weil etwa jemand was dagegen hat, wenn insgesamt eine solche Neuentwicklung kommt. Und wenn Sie meinen, ich hätte seinerzeit abfällige Bemerkungen gemacht wegen Austro Porsche, abfällig waren die nicht. Es war eine Feststellung, daß das nicht ... (Abg. Kaiser: Larifari haben Sie gesagt!) Das haben Sie mir wieder unterstellt. Herr Kollege Kaiser, bitte das nicht zu verwechseln. Bei der Industrieenquete habe ich dieses Wort gebraucht, es wurde aber dann soweit interpretiert, daß ich zu allem Larifari gesagt hätte da draußen in Laa an der Thaya. Im Zusammenhang mit der Automobilentwicklung habe ich dieses Vokabel gar nicht verwendet. Aber bitte, lassen wir es, melden Sie sich bitte nachher vielleicht zu Wort, ich bin ohnehin gleich fertig, Herr Abgeordneter Stangl. Ich nehme sowieso nur Bezug auf Dinge, die mir hier aufklärungsbedürftig erscheinen.

Der Kollege Stangl ist momentan nicht hier, er hat gesagt, es funktioniert mit der niederösterreichischen Grenzlandförderung nicht, es funktioniert nicht mit der 20.000-Schilling-Förderung. Also bitte, wenn jemand nicht nachweist, daß der dort schon ein Jahr tätig ist, und wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, mag sein, daß der dann einen Brief bekommt, die Förderung kann nicht erfließen oder sie bekommen es erst, bis dieses Jahr um ist. Aber das ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Die Bestimmungen dazu haben Sie, meine Damen und Herren, beschlossen. Wenn Sie sich den Rechnungsabschluß 1978, das Budget 1979, den Voranschlag 1980 ansehen, wurden auf dieser Ebene eine Reihe von derartigen Erledigungen gefunden und wir haben also keinen Fall, der fehlerhaft behandelt wurde, sondern nur einige Fälle, wo die Empfänger solcher Hilfen eben aus gesetzlichen Gründen nicht in der Lage waren, sie auch tatsächlich zu bekommen.

Differenzierte Wirtschaftspolitik wird verlangt. Na ja, aus dem Grund verlangen wir ja, daß der Bund mit uns die große Grenzlandförderung macht, das wäre eine differenzierte Wirtschaftspolitik, wenn man in diesen Zonen ordentlich und wuchtig fördern könnte. Da liegen wir ja auf der ganz gleichen Linie oder glauben Sie nicht — der Herr Bundeskanzler wird den Festtag in Harbach jetzt am Samstag miterleben —, wenn nur diese Entwicklung Harbach allein, ich kann das ja öffentlich hier sagen, aus Fremdenverkehrsmitteln, 15 Millionen plus Zinsendienst, sprich 21 Millionen, verlorene Zuschüsse bekommen hat, wenn aus der Grenzlandgesellschaft 6 Millionen erflossen sind, auch aus Mitteln des Bundes weitere 6 Millionen, wenn aus Raumordnungsmitteln die Aufschließung besorgt wurde und andere Dinge mehr wirken, sodaß ein Projekt allein aus Landesmitteln 30 Millionen à fond perdu kassiert, daß das eine sehr gezielte und jedenfalls den Gesichtspunkten gemäß differenzierte Förderungs politik ist?

Ich möchte eine ganze Menge überspringen, sonst dauert es zu lange. Daß man individuell wohl auch zu behandeln hat, das wissen Sie sicher genausogut wie ich. Der Herr Kollege Bauer hat sich mit den Exportnotwendigkeiten beschäftigt. Ich bin auch Ihrer Meinung, nur haben Sie ja selber gesagt, daß der OECD-Raum, der derzeit 24 Millionen Arbeitslose hat, einen Preiskampf führt. Laut Weltnachrichten Sonntag früh 24 Millionen Arbeitslose, ich habe es noch ganz genau im Ohr. Wenn man auch die Hälfte als nicht vermittlungsfähig abzieht, bleibt eine Armee von 12 Millionen Menschen, die ohne Arbeit und ohne Lebenszweck heute dasteht und nicht weiß, was sie machen soll, um zu existieren. Wenn dort ein gigantischer Preiskampf stattfindet, und wenn es immer schwieriger wird, mit Waren der österreichischen Wirtschaft hinauszukommen, dann wird das gültig, was der Kollege Manndorff immer sagt, Verringerung der Belastung als eine große Rezeptur dafür, wie wir diese Sache im Export auch tatsächlich erreichen.

Aber eines muß ich sagen: Wenn Sie die Außenhandelsorganisation kennen würden — Sie können Sie nicht kennen, weil Sie zu jung sind, die hat nämlich nach 45 begonnen sich zu entwickeln. Das ist ja nur ein Glück, wenn man jung ist. Die Jugend ist eine Kostbarkeit, aber es ist so, es gibt in aller Welt heute noch Leute, die sagen, daß die zweite Republik nur dadurch entstanden ist, daß es diese Außenhandelsorganisation gegeben hat, sie steht heute in 82 Staaten dieser Welt und Sie sollten sich einmal die Mühe machen, das ein

bissertl genauer anzusehen. Wenn auch der Steirische Exportring nebenbei auch noch etwas tut, so wird also gerade durch diese Außenhandelsorganisation Entscheidendes geleistet. Der Dr. Bernau ist dort, glaube ich, hauptberuflich zwölf Jahr gewesen, der könnte Ihnen vielleicht vielstündig davon etwas sagen; er hat alle Welt kennengelernt in dieser Tätigkeit und dort ist es ja dazu gekommen, daß wir wieder mit aller Welt Handel und Wandel betrieben haben, nicht aus Liebe, sondern über diese Mühen. (*Abg. Dkfm. Dr. Bauer: Die hat ja niemand angegriffen!*) Na ja, aber bitte, Sie haben es ein bissertl minder bewertet, (*Abg. Dkfm. Dr. Bauer: Ganz im Gegenteil!*) genauso wie Sie dauernd so gesprochen haben, als ob wir etwas gegen die Verstaatlichte hätten, kein Mensch hat etwas gegen die verstaatlichte Industrie! (*Abg. Dkfm. Dr. Bauer: Schauen Sie sich doch die Wahlkampfthemen an!*) Aber wir haben es ja gemeinsam beschlossen, lesen Sie doch die Parlamentsbeschlüsse nach, die Verstaatlichte ist doch durch die gemeinsame Politik entstanden, das Verstaatlichungsgesetz. Wir haben dann und wann Sorge gehabt, (*Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.*) daß in der Verstaatlichten eine eigene Wirtschaftspolitik gültig werden sollte. Das darf man ja um Gottes Willen nicht so interpretieren, wie Sie es tun. Wir bekennen uns zur Verstaatlichten und wenn die Verstaatlichte heute so hohe Anteile an den Investitionen hat, sind wir sehr froh, sicherlich deshalb, weil der große Partner, der dahintersteht, leichter die finanziellen Mittel für Investitionen bereitstellen kann, als wie das in der übrigen Industrie der Fall ist. Und die übrige Industrie, zum Beispiel der Semperit-Betrieb vom Kollegen Kaiser, (*Abg. Dkfm. Dr. Bauer: Ist ja auch verstaatlicht!*) der zwar keine verstaatlichte Firma ist, ist ja damit verstaatlicht, daß der Geldgeber, die Bank, nicht wahr, eine verstaatlichte Bank ist und so viel Einfluß hat, daß der ganze Betrieb ja ähnlich einer Vollverstaatlichung heute zu werten ist.

Ich komme schon zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich war am Sonntag in Waidhofen an der Thaya, da war auch dort der Herr Bundespräsident bei der 750 Jahrfeier anlässlich der Stadterhebung dieser schönen Stadt im Waldviertel. Und er hat seine Festansprache damit begonnen — in etwa bitte, ich kann das nicht wörtlich zitieren —, daß er gesagt hat: „Man hat heute fast das Gefühl, wenn vom Waldviertel gesprochen wird, von den Grenzzonen gesprochen wird, daß hier nur Not und Elend und schlechte Verhältnisse vorliegen, und wenn

man dann da her kommt, sieht man eine blühende Stadt, sieht man, was nach dem Staatsvertrag hier tatsächlich geschaffen werden konnte, und muß glücklich sein über das, was hier erreicht wurde“. Ich war sehr froh, daß das so formuliert wurde von ihm. Man sollte, das hat er mir dann gesagt, sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Man sollte noch etwas tun, man sollte die Verantwortlichen bitten, etwas mehr Optimismus in Ihre Aussagen hineinzutragen. Der Herr Bundespräsident hat dann seine Rede abgeschlossen mit einer sorgenvollen Betrachtung der Weltlage und hat wörtlich gesagt, wenn es noch einmal zu einer Zerstörung käme, durch einen 3. Weltkrieg, würde man wahrscheinlich überhaupt nicht mehr aufbauen können, sondern es würde ein Trümmerhaufen zurückbleiben, der uns vor die Unmöglichkeit eines Wiederaufbaues stellt. Er hat aber durchblicken lassen und ich darf das auch zum Schluß meiner Ausführungen hier sagen, daß doch ein gewisser Optimismus kein Zweckoptimismus und keine Schönfärberei, aber ein gewisser Optimismus etwas so unendlich wertvolles ist, und ich glaube, daß der Pessimismus, wo immer er durchsickert, lähmend wirkt, von uns angefangen, die wir als Landespolitiker vielleicht den Fehler manchmal machen gegenüber denen in den Gemeinden, daß junge Menschen von solchen Aussagen belastet werden, daß Sie einer Psychose erliegen und daß man damit die schlechtesten Dienste einer Region erweisen kann, wenn man nicht gut überlegt, wie man die Dinge formuliert. Darf ich vielleicht abschließend eine Bitte deponieren, meine Damen und Herren, daß wir alle positiven Bekenntnisse, die hier auf diesem Rednerpult auch heute wieder gegeben wurden, aufaddieren, zusammenfassen, und daß wir den Versuch neuerlich unternehmen, für dieses unser Land mit etwas mehr Optimismus zu arbeiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Der Herr Landeshauptmann meldet sich, bitte, ich darf ihm das Wort geben.

Landeshauptmann ÖkR. MAURER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich eines feststellen: Ich bin den Abgeordneten sehr dankbar, die diese Anfrage gestellt haben, welche nunmehr breit aufgefächert diskutiert werden konnte. Gerade in dieser Diskussion hat sich gezeigt, wie wesentlich es ist, daß diese Dinge eingehend diskutiert werden, daß das Für und Wider geprüft wird, daß die Abgeordneten aus ihrer Sicht nicht nur in der Budgetberatung, sondern auch in der Zwischenzeit zu einzelnen Dingen der wirtschaftlichen Entwicklung Stellung nehmen.

Die verschiedenen Redner haben natürlich Bezug genommen auf die Problemgebiete, die in Niederösterreich vorhanden sind, insbesondere das Grenzland. Die Förderung des Grenzlandes in Verbindung mit der Bundes- und Landesförderung wird ja jeweils, so darf man heute sagen, abbesprochen und auch nach Absprache durchgeführt. So haben wir eine erste Förderung durchgeführt, befristet auf fünf Jahre mit gewissen Vereinbarungen. Diese getroffenen Vereinbarungen sind dann nach fünf Jahren abgelaufen und so kam es, um das klar zu präzisieren, zu einem ersten Gespräch über weitere Maßnahmen oder Verlängerungen am 6. November 1978. Und das war das Gespräch, wo neben vielen anderen Wünschen, welche die ganze Landesregierung gemeinsam dort vorgebracht hat, eine bindende Vereinbarung getroffen wurde. Das waren die besagten 50.000 Schilling je Arbeitsplatz vom Bund und vom Land. Das war am 6. November 1978 und es wurde damals vereinbart, daß mit Ablauf der Fünfjahresfrist der ersten Förderung dann diese erweiterte gemeinsame Förderung Platz greifen sollte.

Es hat dann eine Initiative des Bundeslandes Niederösterreich gegeben, wo wir herangetreten sind an den Bund, ein eigenes Programm, das Entwicklungsprogramm Waldviertel, gemeinsam durchzuführen. Und dieses zweite Gespräch fand am 16. Februar 1979 statt, das war das Datum, worauf sich einer dieser Resolutionsanträge bezieht. Hier wurde neben Vorschlägen, die wir wieder gemeinsam, also die gesamte Landesregierung, in den verschiedenen Bereichen gemacht haben, ein Expertenkomitee beauftragt, unter Federführung des Bundes, Staatssekretär Nußbaumer. Bei den Verhandlungen war wie mir berichtet wurde, Sektionschef Gatscha Vorsitzender der Bundesexperten und seitens des Landes Herr Landesamtsdirektor Speiser. In diesem Gremium wurde das Entwicklungsprogramm Waldviertel auf Beamtenebene fertiggestellt und zwar im Juli des Jahres 1979. Wir sind weiterhin an den Bund herangetreten, am 14. September mit einem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler, am 24. Oktober mit einem neuerlichen Ersuchen um einen gemeinsamen Termin für eine Diskussion dieser Vorschläge des Expertenkomitees. Zu diesem dritten Gespräch kam es am 29. November 1979. Wir haben uns damals vorgestellt, daß über die Vorschläge dieses Expertenkomitees in erster Linie diskutiert wird und in zweiter Linie bereits über die Schwierigkeiten, die aufgetreten sind mit den 50.000 Schilling Förderungen. Aber zunächst wurde diese Diskussion über die Vorschläge des

Expertenkomitees nicht geführt, und zwar deshalb, weil uns der Herr Bundeskanzler eröffnet hat, daß der Bund eine Studie über die Probleme des Waldviertels in Auftrag gegeben hat und diese Studie vor einem halben Jahr nicht vorliegen würde. Es wurde daraufhin vereinbart, daß ab diesem Zeitpunkt neue Verhandlungen durchgeführt werden auf Grund dieses Papiers, das schon vorlag, jenes erarbeitete zwischen Bund und Länderexperten, und jener Vorschläge, die auf Grund dieser Studie dann vorliegen. Hier wurde dann vereinbart, daß auf Grund dieser Papiere ein neuerlicher Termin zwischen der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung stattfinden sollte, um endgültig Entscheidungen zu treffen. Das war ja auch der Grund, warum wir zwischen durch bei dem Resolutionsantrag den Sie gebracht haben — Sie werden die Zwischenrufe gehört haben —, erklärt haben, das gilt nicht. Vereinbarungen wurden leider damals noch nicht getroffen. Gespräche wurden geführt. Es ist dies im Resolutionsantrag dementsprechend berichtet.

Aber noch eines. Ich möchte nur erinnern an die damaligen Gespräche. Der Herr Bundeskanzler hat damals eingangs verwiesen, daß man bemüht sei, dem Waldviertel nach dem Muster der Region Eichfeld-Murboden zu helfen und die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, auch dementsprechend zu werten. Man habe diesbezüglich wie erwähnt, eine Studie in Auftrag gegeben. Auf Grund unserer Vorstellungen, daß die Initiativen, die wir eingebracht haben, dem Straßenbau, dem Bereich der Österreichischen Bundesbahn, dem Schulwesen, dem Fremdenverkehr gedient haben, hat der Herr Bundeskanzler bestätigt, daß hier alle erdenklichen Maßnahmen getroffen werden sollen. Leider hat der Herr Bundeskanzler unsere Vorstellung, daß eine Steuerermäßigung für diese Gebiete in gewissen Bereichen eintreten könnte, von Haus aus wegen der Gefahr von Folgerungen in anderen Gebieten abgelehnt. Ebenso hat der Herr Bundeskanzler die Möglichkeit abgelehnt, Teile von verstaatlichten Betrieben in das Waldviertel verlegen zu können. Die Herren werden es bestätigen, es war wieder die ganze Landesregierung zugegen. Ich habe dann ebenfalls Stellung genommen und möchte das jetzt auch hier wiederholen. Ich habe betont, daß wohl das Modell Eichfeld-Murboden als Grundlage verwendet werden könne, daß aber die Situationen völlig verschieden sind, weil erstens im Waldviertel kurzfristige Maßnahmen dringlich notwendig sind, erinnern wir uns an einen Bezirk, wo es damals ich glaube 10% Arbeitslose gege-

ben hat, wo zu dieser Zeit also besondere Schwierigkeiten vorhanden waren, und insbesondere weil im Waldviertel bereits Einrichtungen vorhanden sind, die es eben in Eichfeld-Murboden nicht gegeben hat. Ich denke hier an die schulische Entwicklung, ich denke auch an den überörtlichen Straßenbau und ähnliches mehr, sodaß andere Vorleistungen bereits gegeben sind und so gesehen eine Verwirklichung eines Konzeptes sicherlich leichter wäre. Wir haben es natürlich bedauert, daß steuermäßig keine Möglichkeit gegeben und daß auch ein Engagement der Verstaatlichten mit Teilen im Waldviertel nicht möglich sei. Wir haben dann — das war eine gemeinsame Auffassung — betont, daß es sich hier um Förderungsmittel handeln müsse, die man nicht von anderswo in der Förderung abzieht, um nur die Dinge umzuschichten, sondern um zusätzliche Mittel.

Der Bundeskanzler hat am Schluß dieser Sitzung dies in vier Punkten zusammengefaßt:

1. Alle bestehenden Förderungsmaßnahmen des Bundes werden auch in Zukunft gewährt und nach Möglichkeit intensiviert.

2. Die Niederösterreichische Grenzlandgesellschaft und das Bundeskanzleramt, Sektion 4 — Raumplanung, bilden eine Arbeitsgruppe, die sich gezielt mit den Problemen des Waldviertels beschäftigt wird.

3. Herr Landesrat Schneider — das ist jener Punkt, auf den ich jetzt kommen möchte — wird mit Staatssekretär Dr. Nußbaumer Kontakte aufnehmen, damit der Arbeitsplatzsicherungszuschuß, welcher theoretisch von Seiten des Bundes 50.000 Schilling und von Seiten des Landes 50.000 Schilling ausmacht, auch in voller Höhe vom Bund gewährt werden kann. Es soll ein Weg gefunden werden, der außerhalb des Arbeitsmarktförderungsgesetzes die Zuteilung der vollen Höhe des Betrages ermöglicht, weil doch schon einige Zeit vergangen war, weil dringliche Erfordernisse gegeben waren und weil leider durch die Schwierigkeiten des Arbeitsmarktförderungsgesetzes die Durchführung nicht möglich war. Das ist die richtige Schilderung der Vorgangsweise, so wie sie sich zugetragen hat.

Und der vierte Punkt: Von der Bundesregierung wurde eine Studie in Auftrag gegeben über die Probleme des Waldviertels. Diese große, allumfassende Studie sollte in etwa sechs Monaten vorliegen. Ab diesem Zeitpunkt werden wieder neue Verhandlungen auf Grund dieses Papiers zwischen der Bundesregierung und der niederösterreichischen Landesregierung geführt.

Meine Damen und Herren, ich habe im heurigen Jahr am 12. Februar neuerlich ein

Schreiben an den Herrn Bundeskanzler gerichtet, wo ich ersucht habe, doch Vorsorge zu treffen, daß diese 50.000 Schilling vom Bund realisiert werden können, die wir damals, jetzt bereits vor eineinhalb Jahren, vereinbart haben. Ich glaube, daß dies wirklich eine dringliche Notwendigkeit ist. Ich weiß es nicht, ob diese 50 Millionen Schilling, die heute schon einige Male erwähnt wurden, auch der Resolutionsantrag weist darauf hin, die im Kreditüberschreitungs-gesetz des Bundes beschlossen wurden, auch auf diese 50.000 Schilling Förderung beziehen. Jedenfalls glaube ich, daß eine dringliche Absprache hinsichtlich der 50.000 Schilling und auch hinsichtlich weiterer Übereinkommen wegen der 50 Millionen Schilling, die zur Verfügung gestellt wurden, erforderlich ist. Ich habe am 12. Februar also neuerlich an den Herrn Bundeskanzler ein Schreiben geschickt, bis heute aber leider keinen Termin der Absprache erhalten. Vor einigen Tagen habe ich den Herrn Bundeskanzler mündlich gebeten, doch einen Termin zur Verfügung zu stellen, er hat mir gesagt, er hat bereits seinem Büro einen diesbezüglichen Auftrag gegeben oder einen Termin zur Verfügung gestellt. Ich habe bis heute noch keine Benachrichtigung.

Ich möchte abschließend sagen, daß es dringend notwendig ist, auch auf Grund der Diskussionen aller Abgeordneter hier in diesem Hause, daß raschest eine solche Absprache getätigt wird hinsichtlich der 50.000 Schilling, hinsichtlich der Förderung für das gesamte Grenzland und auch hinsichtlich des Betrages, der im Finanzüberschreitungs-gesetz des Bundes für das Waldviertel bereits zur Verfügung gestellt worden ist. Ich glaube, daß dies notwendig ist zum Wohle der Entwicklung in unserem Bundesland Niederösterreich, zum Wohle unseres Heimatlandes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Die Debatte über die Anfragebeantwortung, Landtagszahl 190/1, ist geschlossen. Bei der Verhandlung wurde von den Herren Abgeordneten Romeder und Auer der Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Vom Herrn Abg. Dr. Bauer wurde der Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ich lasse zunächst über den Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über die Resolutionsanträge ab-

stimmen. Resolutionsantrag 1 des Abg. Mandorff, betrifft die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine koordinierte Vorgangsweise. Vom Abg. Leichtfried wurde die punktweise Abstimmung beantragt. Ich lasse daher über diesen Resolutionsantrag punktweise abstimmen. *(Nach Abstimmung über Punkt 1):* Einstimmig angenommen. *(Nach Abstimmung über Punkt 2 des Antrages):* Mit Mehrheit angenommen. *(Nach Abstimmung über Punkt 3):* Mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse über den Resolutionsantrag 2 des Abg. Mandorff abstimmen, betreffend die Forderung, daß Land und Bund für jeden im Grenzland geschaffenen, neuen Dauerarbeitsplatz einen Betrag von je S 50.000 zur Verfügung stellen mögen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit angenommen.

Der Resolutionsantrag 3 des Abg. Haufek wurde zurückgezogen.

Der Resolutionsantrag 4 des Abg. Auer wurde ebenfalls zurückgezogen.

Resolutionsantrag 5 der Abgeordneten Haufek und Magister Freibauer, betreffend die Einleitung von Förderungsaktionen für das niederösterreichische Grenzgebiet mit Strukturschwächen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Einstimmig angenommen.

Resolutionsantrag 6 der Abgeordneten Auer und Bauer betrifft Maßnahmen für Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Einstimmig angenommen.

Gemäß § 35 Abs. 7 der Geschäftsordnung haben die Abgeordneten Reiter, Fidesser, Dr. Bernau, Ing. Kellner, Prokop, Rabl, Spieß und andere in der letzten Sitzung schriftlich verlangt, daß über die Beantwortung der Anfrage, Landtagszahl 181/1, in dieser Sitzung eine Debatte stattfindet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir gelangen zur Verhandlung der Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Dr. Brezovszky. Zum Worte gemeldet ist der Abg. Präsident Reiter.

Abg. Präsident REITER: Herr Präsident: Meine Damen und Herren! Die Debatten, Sitzungsergebnisse und Verhandlungsergebnisse zusammengefaßt würden in der Frage des Spitals Wien-Ost ein ganzes Büchlein füllen. Ich selbst, der von Anfang an bei diesen Debatten dabei war, würde dieses Büchlein in drei Kapitel fassen. Erstes Kapitel in etwa „Unsachlichkeit bis Polemik des ehemaligen SPÖ-Klubobmannes in der Vorbereitungsphase“, Kapitel zwei „Laufende nicht eingehaltene Versprechungen des ehemaligen SPÖ-Klubobmannes und Nichteinhaltung des

Vertrages durch die Gemeinde Wien seit 1973“ und das dritte Kapitel würde ich in etwa bezeichnen: „Was nun, Herr Gesundheitsreferent und ehemaliger Klubobmann der Sozialistischen Partei?“

Die letzte große Debatte, meine Damen und Herren, hat im Dezember 1978 stattgefunden und der damalige Klubobmann der Sozialistischen Partei Dr. Brezovszky hat seine Rede folgendermaßen beendet: „Wie gesagt, wir sind sehr stolz darauf, daß es bereits so weit ist und wir sind auch in der besten Zuversicht, daß es in wenigen Jahren auch für die Marchfelder die Möglichkeit geben wird, im Krankenhaus untergebracht zu werden.“ Ich habe damals in meiner Antwort die Frage gestellt, weshalb Dr. Brezovszky stolz und zuversichtlich ist; die Antwort ist mir nicht gegeben worden.

Und ich habe damals fünf Fragen gestellt, die ich jetzt wiederholen möchte: 1. Ist die Gemeinde Wien bereit, den mit Niederösterreich geschlossenen Vertrag einzuhalten? 2. Wann wird mit der Planung des Krankenhausteiles Wien-Ost begonnen? 3. Wann kann nach Meinung des Stadtsenates mit dem Abschluß der Planung des Krankenhausteiles Wien-Ost gerechnet werden? 4. Wann wird mit dem Bau des Krankenhausteiles Wien-Ost begonnen? 5. Wann wird nach Meinung des Stadtsenates von Wien der Bau fertig sein und, wenn man willens ist, den Vertrag mit Niederösterreich einzuhalten, auch der Vertrag mit Niederösterreich erfüllt?

Diese fünf Fragen wurden bis heute weder von der damaligen Gesundheitsreferentin, Frau Körner, noch vom damaligen Klubobmann der Sozialistischen Partei beantwortet. Inzwischen sind wir alle über den Sumpf, der um das Allgemeine Krankenhaus Wien entstanden ist, informiert worden und inzwischen haben Zeitungen berichtet, daß die Gemeinde Wien vermutlich eine Nachzahlung von 415 Millionen Schilling verlangen wird. Diese drei Dinge, meine Damen und Herren, waren der Grund und die Ursache zu unserer Anfrage an den jetzigen Gesundheitsreferenten.

Seine Antwort liegt vor. Sie ist unbefriedigend und zwar deswegen, weil sie in keinem Punkt eine konkrete Antwort ist. Wir lesen hier „es ist beabsichtigt“, „voraussichtlich“, „erscheint daher möglich“ und „das Schwerpunktkrankenhaus könnte daher in etwa zu Beginn der 90er Jahre fertig sein“. „In etwa“, das könnte unter Umständen vielleicht auch das Jahr 2000 sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht und kann es aus Zeitmangel gar nicht tun, die Vorgeschichte schildern. sondern ich

darf nur festhalten, daß über die Frage im Jahre 1966 begonnen wurde zu reden, daß ab dem Jahre 1967 die ersten öffentlichen Auseinandersetzungen waren, daß aber in diesem Jahr auch ernste Überlegungen und Beratungen von Beamten und Politikern unter Einschaltung von Fachleuten begonnen haben und daß wir im Jahre 1973 dann den bekannten Vertrag abgeschlossen haben.

Ich möchte nur zur Erhärtung meiner eingangs geäußerten Meinung, wie ich das erste Kapitel bezeichnen möchte, an einige Dinge zurückerinnern, weil sie von den Älteren vielleicht inzwischen vergessen wurden und den meisten, die damals dem Hause noch nicht angehört haben, gar nicht in Erinnerung sein können. Ich werde einige Dinge bitte wörtlich zitieren. Am 26. Juni 1969 sagte Herr Dr. Brezovszky wörtlich: „Vor einigen Wochen ist ein 42jähriger Mann aus Engelhartstetten, Familienvater von zwei Kindern, mit einem Herzinfarkt in einem Rettungswagen nach Wien geführt worden. Nach der dritten Spitalsabweisung wurde dieser 42jährige Familienvater, Herr Landeshauptmann, nach Hainburg gebracht, aber für ihn gab es keinen Zufall mehr, denn er ist in der Aufbahnhalle des Leichenhauses gelandet“. Der gleiche Dr. Brezovszky sagte in der gleichen Rede: „In Engelhartstetten, Herr Landeshauptmann, denkt man völlig anders als Sie, denn der Todesfall eines Bewohners vor einigen Wochen hat klar gezeigt, was geschieht, wenn wirklich einmal ein akuter Fall auftritt. Wenn zwei Kinder und eine junge Frau den Ernährer verlieren, dann glaube ich, ist das keine Angelegenheit, mit der man spielen kann, mit der jedoch, das sage ich ganz offen, Herr Landeshauptmann, die Österreichische Volkspartei seit Monaten spielt.“ Bei der gleichen Rede hat der gleiche Dr. Brezovszky gesagt: „Man sollte auch daran denken, daß solche Dinge sehr ins Auge gehen können, denn Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, entscheiden in den nächsten Tagen und Wochen, denn die Gemeinde Wien wird sehr bald für eine Planung eine endgültige Entscheidung von uns verlangen — jetzt hören Sie gut zu — weil 1970 mit dem Bau begonnen werden soll, über Leben und Tod der Marchfelder Bevölkerung bzw. jenes Teiles der Bevölkerung, der einen Arzt oder eine krankenhausmäßige Versorgung braucht“. Und bei dieser gleichen Rede hat der Dr. Brezovszky dem Herrn Landeshauptmann 10.000 Unterschriften überreichen wollen. Nachdem der Herr Landeshauptmann ihm gesagt hat, er möge die 10.000 Unterschriften über den zuständigen Gesundheitsreferenten in der Landesregierungssitzung

übergeben lassen, hat es einen Tumult gegeben und der damalige Abg. Marsch, Zentralsekretär der Sozialistischen Partei, hat damals in einem Zwischenruf gesagt „im Tod werden sie auch noch geschäftsordnungsmäßige“, und etwas später „geschäftsordnungsmäßig werden Sie über Leben und Tod, Herr Landeshauptmann, entscheiden“.

Meine Damen und Herren, ich habe bei dieser gleichen Landtagssitzung wiederholt verlangt, weil ununterbrochen von einem Kesselstreben der ÖVP gegen dieses Projekt gesprochen wurde, mir ein einziges Beispiel zu sagen, wie und wann und in welcher Form die Österreichische Volkspartei ein Kesselstreben begonnen hat. Und ich habe damals auch gebeten mir zu sagen, wann die Österreichische Volkspartei, wie behauptet wurde, wütende Attacken gegen den Vorschlag des damaligen Landesrates Rösch geübt hat. Auch die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen sind mir nicht beantwortet worden. Ich habe damals wörtlich gesagt und ich darf wieder zitieren: „Wir haben unter anderem auch die Meinung vertreten, daß man untersuchen sollte, wie weit die bestehenden Krankenhäuser für eine Versorgung dieses Gebietes im Raum Gänsernsdorf geeignet wären“. Unter anderem ist auch der Name Hainburg gefallen, alles selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Donaubrücke dann fertig ist. Die Arbeiter-Zeitung hat am 7. Mai 1969 dann geschrieben: „Niemand weiß heute mit Sicherheit, ob und wann diese Brücke fertig sein wird“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe damals gesagt, ich zitiere weiter wörtlich: „Ich glaube, daß diese Frage endgültig geklärt ist und es gar kein ob gibt, sondern daß diese Angelegenheit bereits konkret feststeht, was ein Verdienst des Herrn Landeshauptmannes ist. Es wurde bereits mit den notwendigen Arbeiten für die endgültige Auftragsvergabe begonnen. Ich darf hiezu nur eines sagen, es ist nicht polemisch und ich bitte Sie, wenn es so klingen sollte, es nicht als Polemik aufzufassen. Ich glaube nämlich, daß die Brücke nach Hainburg zumindest früher fertig sein wird als das Zentralspital in Wien-Stadlau“. Der damalige Landesrat Rösch hat einen Zwischenruf gemacht — ich zitiere wiederum wörtlich: „Das ist eine gewagte Behauptung, Herr Präsident“. Ich zitiere weiter: „Ich glaube — habe ich gesagt — Herr Landesrat Rösch, sogar von Ihnen einige Meinungsäußerungen gehört zu haben, daß bis zur Fertigstellung dieses Zentralkrankenhauses durchaus eine längere Zeit vergehen kann. Ob wir beide Recht haben, wird sich in einigen Jahren sicherlich herausstellen.“

Diese Jahre sind inzwischen vorbei.

Und bei dieser Landtagssitzung am 26. Juni 1969 hat wieder der Herr Dr. Brezovszky gesagt: „Aber für Sie sind Leben und Tod der Marchfelder eine lächerliche Angelegenheit.“ Und er hat weiter gesagt: „Und die Marchfeldbevölkerung, Herr Landeshauptmann, ist kein Spielzeug für politische Spiele, die wir seit Monaten von Ihrer Seite sehen.“ Und er hat gesagt und damit höre ich mit den Zitaten des Herrn Fraktionsführers schon auf: „Und was machen Sie — gemeint war der Herr Landeshauptmann —, Sie geben seit Monaten ausflüchtige Antworten, Sie weichen der Entscheidung aus und glauben, daß Sie damit richtig politisch handeln und auch im Interesse der Bevölkerung richtig handeln.“

Meine Damen und Herren, wir können heute feststellen, daß dieser Herr Landeshauptmann sehr wohl richtig gehandelt hat, weil wir, lesen Sie alle Protokolle durch, nichts anderes verlangt haben, als daß geprüft wird, daß sachliche Unterlagen geschaffen werden und daß man uns einen Vertragsentwurf vorlegt, dann sind wir bereit, ein endgültiges Ja oder ein endgültiges Nein zu sagen. Ich darf jetzt abschließend nur noch das Ende meiner Rede zitieren, weil damit, glaube ich, sehr viel gesagt ist, ohne daß ich andere Dinge wiederhole. Ich habe wörtlich geendet: „Darf ich zusammenfassend die Meinung meiner Fraktion sagen. Wir glauben, daß drei Möglichkeiten in Frage kommen. Das ist ein Spital im Raum Gänserndorf, dann die Beteiligung an einem Spital in Wien-Stadlau und die dritte Möglichkeit wäre der Ausbau der bestehenden Krankenanstalten Mistelbach, Korneuburg und Hainburg. Um eine endgültige Entscheidung zu treffen, sind wir der Meinung, daß die vorhandene Grundlagenforschung nicht ganz ausreicht, daß auch die vorhandenen Gutachten der Fachleute noch nicht ganz ausreichen, um der Landesregierung, dem zuständigen Organ, die Möglichkeit zu geben, eine echte, endgültige Entscheidung zu treffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren: In dieser Frage des Spitals im Raum Gänserndorf kann es keine Entscheidung der SPÖ und keine Entscheidung der ÖVP geben, also kann es in der Entscheidung auch keine Sieger und Besiegten geben. Diese Entscheidung der Landesregierung kann nur aus sachlichen Gesichtspunkten im Interesse des Landes geschehen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nichts anderes will meine Fraktion erreichen. Jede andere Unterstellung, die uns in diesem Zusammenhang gemacht wurde, müssen wir mit aller Schärfe zurückweisen.“

Soweit aus diesem Protokoll des Jahres 1969. Meine Damen und Herren, falls jetzt jemand in der Antwort sagen sollte, daß es doch unsachliche Diskussionsbeiträge der Österreichischen Volkspartei gegeben hätte, den bitte ich jetzt, genauso wie ich es getan habe, diese unsachlichen Stellen zu zitieren. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, dann bitte lügt er von diesem Rednerpult, darf ich das festhalten. Ich sage noch einmal hier, daß das, was ich im Jahre 1969 gesagt habe, heute noch richtig ist. Daß der Weg, der dann eingeschlagen wurde, auch richtig war, wird eben dadurch bewiesen, daß wir dann auch echte Verhandlungen führen konnten.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Ausschnitte nur in Erinnerung gebracht, um zu zeigen, wie einmal polemisiert wurde. Inzwischen ist mehr als ein Jahrzehnt vergangen und beim Krankenhausbau — bitte beim echten Krankenhausbau ist in den letzten zehn Jahren nichts geschehen, obwohl der Dr. Brezovszky für das Jahr 1970 von dieser Stelle hier den Baubeginn versprochen hat. Wir wollen Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch nicht der Gemeinde Wien, Schuld geben, wenn auch heute noch fallweise Schreckliches passiert. Auch heute müssen nämlich noch gewisse Kranke des Marchfeldes einen längeren Weg einschlagen. Wir sagen nicht, Sie sind schuld am Sterben, wie es damals der Dr. Brezovszky uns vorgeworfen hat. Das sagen wir nicht, um Gottes Willen, weil wir glauben, daß es irgendwo eine politische und auch eine menschliche Fairneß geben muß. Zu dieser menschlichen und politischen Fairneß bekennen wir uns auch in einer sachlichen Auseinandersetzung, auch wenn sie manchmal ein wenig hart ist. Das wollte ich ausdrücklich sagen.

Wir haben als Niederösterreicher inzwischen Maßnahmen gesetzt, um die Situation der Kranken im Marchfeld zu verbessern. Ich verweise auf die Brücke, ich verweise auf die Verkehrsverhältnisse nach Mistelbach und Wien am Straßensektor und ich verweise darauf, daß wir im Begriffe sind, eine Reihe von Spitälern zu modernisieren, sowohl in Hainburg als auch in Mistelbach und in der Planung auch die Spitäler in Korneuburg und in Stockerau.

In Wien, das muß ich also sehr hart sagen, Herr Landesgesundheitsreferent, in Wien haben Sie Ihre Freunde im Stich gelassen. Seit nunmehr sieben Jahren hat man Sie ununterbrochen in Verlegenheit gebracht, seit sieben Jahren sind Sie auf Grund Ihrer harten Aussagen unglaubwürdig und seit sieben Jahren hat Wien einen abgeschlossenen, gültigen Vertrag nicht erfüllt. Ich nehme an, Herr

Landesrat Dr. Brezovszky, daß Sie aus dieser Situation eine entsprechende Lehre gezogen haben, daß man Dramatisierungen bei bedauerlichen Fällen nicht hochspielen sollte, daß man nicht unsachlich sein soll, daß bei diesen Dingen Polemik nicht am Platz ist und daß man natürlich vom Rednerpult bitte solche Feststellungen wesentlich leichter machen kann, als wenn man dann in der Regierungsbank sitzt und dafür auch die Verantwortung trägt. Und diese Verantwortung, Herr Landesrat, haben Sie jetzt. Sie können nicht mehr dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Landesfinanzreferenten die Schuld geben. Sie sitzen jetzt dort, um das, was Sie durch Jahre kritisiert haben, nun endgültig so zu machen, wie Sie glauben, daß es richtig ist, damit das Sterben, wie Sie einmal gesagt haben, im Marchfeld einmal aufhört. Wenn Sie das, Herr Landesrat, mit der gleichen Intensität und dem gleichen Schwung tun, mit dem Sie in den Jahren 1966 bis 1973 von diesem Rednerpult aus die Diskussion geführt haben — ich betone noch einmal, oft unsachlich und polemisch —, dann bin ich dessen gewiß, daß es Ihnen gelingen wird, die Wiener zu überzeugen, daß da tatsächlich etwas geschehen muß, und daß Ihre Parteifreunde sich vielleicht dazu entschließen, daß es, das sage ich noch einmal, bald geschehen muß. Wenn es Ihnen gelingt, Herr Landesrat, Ihre Wiener Freunde zu überzeugen, daß sie aus den Fehlern des Allgemeinen Krankenhauses in Wien lernen, daß ab sofort Fehlplanungen vermieden werden, daß ab sofort mehr kontrolliert wird und daß ab sofort gewisse Korruptionen verhindert werden, dann wären neben der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses genug Mittel frei, um schon im kommenden Jahr auch mit dem Spital Wien-Ost zu beginnen. Eine Bewährungsprobe für eine Verantwortung, Herr Landesrat, die Ihnen niemand in diesem Hause abnehmen kann und auch nicht abnehmen wird.

Sie können mit jeder Hilfe von meiner Fraktion bei der Realisierung dieser Frage rechnen, wenn der Vertrag raschest eingehalten wird. Es mag sein, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse inzwischen anders geworden sind. Das ist richtig. Aber nicht wir haben den Bau im Jahre 1970 versprochen, sondern Sie. Wir haben auch — das wiederhole ich noch einmal sehr ausdrücklich — nach reiflichen Überlegungen und Prüfungen auf Grund von Gutachten von Fachleuten und auf Grund der Gutachten der Raumplaner und natürlich auch nach Rücksprache mit der Bevölkerung des Raumes und den Kommunalpolitikern im Jahre 1973 den Vertrag unterschrieben, der uns dann vorgelegt wurde,

weil alle diese Gutachten mehrheitlich dazu geneigt haben, daß es sinnvoll ist, von anderen Plänen Abstand zu nehmen und dieses Projekt mitverwirklichen zu helfen. Und auf Grund Ihrer Versprechungen durften wir damals auch rechnen, daß wenn schon nicht 1970, so doch mit den Reserven, die von 1970 bis 1973 vorhanden gewesen sein müssen — wenn ich das schon jetzt fixiere und jemand anderer es verzögert, lege ich die Schärfflein ja wenigstens auf die Seite —, wenigstens 1973/74 mit dem Bau hätte begonnen werden können. Ich sage noch einmal, heute schreiben wir jedoch 1980 und wir hoffen, daß der Bau 1990 abgeschlossen sein wird.

Ich habe hier von diesem Rednerpult aus auch einmal gesagt, Herr Landesrat, mein Traum wäre, daß wir beide mit der Vollenendung dieses Krankenhauses, nachdem wir ungefähr in der gleichen Alterskategorie sind, wenigstens ein Pensionsgeschenk erhalten. Leider geht dieser bescheidene Traumwunsch von mir auch nicht in Erfüllung, denn bis zum Jahre 1990 habe zumindest ich nicht die Absicht, auch wenn ich gesund sein sollte, hier in diesem Hause und vor diesem Rednerpult zu stehen. Sie können mich, wenn ich es überlebe, dann beim Wort nehmen.

Eine Zeitung hat geschrieben, daß 415 Millionen Schilling jetzt zu berappen wären, und eine Reihe anderer Sätze noch; ich möchte schön langsam zum Schluß kommen. Ich sage nur, Herr Landesrat, noch einmal, wir alle und die Menschen im Marchfeld, auch die 10.000, die Sie damals, nicht immer unter den ganz einwandfreien Voraussetzungen, zur Unterschrift bewogen haben — wir haben ja einige Dinge damals nachgewiesen, nicht wahr, aber das ist inzwischen ja längst vergessen, ich will es nicht wieder in Erinnerung rufen —, wir alle erwarten, daß Sie den ganzen Einsatz jetzt bei der Realisierung dieses Spitals leisten. Und ich sage Ihnen noch einmal, Sie haben zuviel gesprochen und zuviel versprochen, als daß Sie sich eine weitere Verzögerung des Baubeginnes als Gesundheitsreferent, dafür sind Sie verantwortlich, leisten könnten.

Zu Ihrer Anfragebeantwortung darf ich abschließend sagen, wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie derzeit nichts Konkretes sagen können. Wir können deswegen ihre Beantwortung als unbefriedigend nicht zur Kenntnis nehmen und ich stelle abschließend einen Resolutionsantrag und bitte, diesem Ihre Zustimmung zu geben.

Resolutionsantrag

des Abg. Reiter zur Anfragebeantwortung durch den Herrn Landesrat Dr. Ernest Bre-

zovszky, betreffend Krankenhaus Wien-Ost, LT 181:

„Die aus dem Inhalt der Anfragebeantwortung zu entnehmende Verzögerung des Baues des Krankenhauses Wien-Ost ist im Interesse der beabsichtigten Sicherstellung der spitalmäßigen Versorgung des Raumes Gänserndorf dem Grunde nach unbefriedigend und insbesondere für die betroffene Bevölkerung unzumutbar. Die Landesregierung, insbesondere das nach ihrer Geschäftsordnung für die Krankenanstalten zuständige Mitglied der Geschäftsordnung für die Krankenanstalten zuständige Mitglied der Landesregierung Dr. Ernest Brezovszky, werden daher aufgefordert, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit der Neubau der Krankenanstalt Wien-Ost im Interesse der Krankenhausversorgung der betroffenen Bevölkerung raschest vorangetrieben wird und dieser ihr ehebaldigst zur Verfügung steht.“

Ich darf noch einmal bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Wort gemeldet hat sich der Abg. Fux.

Abg. FUX: Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Präsident Reiter hat eingangs seiner Ausführungen gemeint, er würde, wenn ein Buch geschrieben werden sollte, dieses Buch in drei Kapitel, in ein Kapitel der Unsachlichkeit und der Polemik einteilen, in ein zweites der nicht gehaltenen Versprechen und so weiter. Ich habe die Aufzeichnungen zu meiner Rede ein bißchen umgestellt, um gleich von vornherein klarzustellen, von wo diese Unsachlichkeit und Polemik kommt. Ich habe in einer Wochenzeitung vom 5. Juni 1980 unter dem Titel „Heiße Sitzungen“ einen Kommentar zur Landtagssitzung vom 22. Mai 1980 gelesen. In diesem Kommentar wird angeraten, sich nicht Themen aus der Zeitung zusammenzuklauben, da diese dem Gesamtimage der Politik schaden. *(Abg. Präsident Reiter: Ich habe Sitzungsprotokolle zitiert, keine Zeitungen!)* Und der Satz vorher heißt: „Nicht von ungefähr wurde letztlich die Frage der politischen Moral angeschnitten.“ Das ist die Angelegenheit, die der Kollege Zimper gemacht hat. *(Abg. Zimper: Um das geht es nicht, Herr Kollege! Reden Sie nicht so einen Stumpfsinn zusammen!)* Herr Präsident, ich komme schon hin. Ich habe den Rat dieser Zeitung ausgeschlagen und aus der gleichen Ausgabe folgenden Artikel mitgenommen: Marchfelder Nachrichten vom 5. Juni 1980, Bericht über eine ÖVP-Jahresversammlung in Lassee am 2. Juni 1980. Als Überschrift: „Anfrage Spital-Ost unbeant-

wortet.“ Und dann heißt es wörtlich im Artikel: „Während vor Jahren der damalige Landtagsabgeordnete Dr. Brezovszky mit einer Unterschriftenaktion für den raschen Ausbau des Krankenhauses in Stadlau den zuständigen Herren das Leben schwer machte, hat er heute als zuständiger Landesrat für Sozialfragen das für seine engere Heimat so wichtige Projekt auf die lange Bank geschoben. Eine Anfrage an Dr. Brezovszky in dieser Angelegenheit blieb bis dato unbeantwortet, so berichtete der Referent dieser ÖVP-Versammlung von Lassee im Gasthaus Busam.“ Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Dr. Brezovszky seinerzeit den zuständigen Herren mit der Unterschriftenaktion das Leben schwer gemacht hat, dann ist es nur auf den Umstand zurückzuführen, daß sich bis dahin die zuständigen Herren ein leichtes Leben gemacht haben und sich um die spitalmäßige Versorgung der Bevölkerung im Bezirk Gänserndorf ... *(Abg. Präsident Reiter: Der Gesundheitsreferent war immer ein Sozialist! Schreiben Sie sich alles auf, wenn Sie es sich nicht merken können! Sie waren ja nicht dabei!)* Herr Präsident, ich brauche mir doch nichts aufschreiben zu lassen. *(Abg. Präsident Reiter: Sie waren ja gar nicht dabei!)* Wer sagt denn, daß ich nicht dabei war? Herr Präsident, ich komme noch darauf zurück, ich war dabei. Ich war bei dem Bürgermeisteramtstag. Es ist sehr wohl über Verschiedenes gesprochen worden und es entspricht durchaus nicht dem, was Sie hier gesagt haben, daß nur drei Varianten dort genannt worden sind, es sind nämlich vier Varianten erwähnt worden. Sie haben aber nur von drei geredet, ich komme auf die vierte noch zurück. Also der Dr. Brezovszky hat jedenfalls im Hinblick darauf, daß eine Unterversorgung des unteren Teiles des Bezirkes Gänserndorf bestand, keine Veranlassung gehabt, irgend welchen Herren Rosen auf den Weg zu streuen. Wären nicht Rösch und Brezovszky und der Sozialistische Landtagsklub gewesen, hätten wir heute wahrscheinlich keine Anfrage und auch keine Anfragebeantwortung und auch keine Diskussion darüber. *(Abg. Präsident Reiter: Sie haben sich was Falsches aufgeschrieben!)* Herr Präsident, ich habe mir nichts Falsches aufschreiben lassen, ich habe es gar nicht notwendig, mir etwas aufschreiben zu lassen. *(Abg. Präsident Reiter: Sie können sonst nichts sagen!)* Herr Präsident, ich kann doch in der Zeitung lesen. Das, was Sie gesagt haben in Lassee, steht in der Zeitung und über das rede ich. *(Abg. Präsident Reiter: Weil Sie sachlich das gar nicht tun könnten!)* Hören Sie nur zu, Herr Präsident, ich habe mit keinem Wort

einen Zwischenruf bei Ihren Ausführungen getan. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Präsident, abgesehen davon, daß der § 35 Abs. 4 der Geschäftsordnung dem zur Beantwortung einer Anfrage Verpflichteten eine Frist von 6 Wochen zur Vorlage der Antwort einräumt, ist die Behauptung, daß das Projekt durch den Referenten auf die lange Bank geschoben wurde, eine glatte Verleumdung. (*Abg. Stangl: Andere werden als Lügner bezeichnet!*) Wenn der Landesrat Dr. Brezovszky die Anfrage kriegt, dann muß man ihm doch ... (*Abg. Präsident Reiter: Vom Projekt habe ich gesprochen, Sie reden von der Anfragebeantwortung!*) Ich bringe es nicht durcheinander, ich bringe das nicht durcheinander. Sie sagen, daß dadurch das Projekt auf die lange Bank geschoben wurde von ihm.

Der Berichterstatter in Lassee hat auch behauptet, und zwar am 2. Juni, das war am Montag bei dieser Versammlung, daß bis dato die Anfrage unbeantwortet geblieben ist. Herr Präsident, Sie brauchen sich nur die Anfragebeantwortung anschauen, da sehen Sie den Stempel der Landtagsdirektion vom 27. Mai. Also haben Sie offenbar die Unwahrheit dort gesagt und können einem anderen nicht vorwerfen, daß er unwahr ist und Unwahrheiten sagt, unsachlich ist, unterstellt, polemisiert, denn Sie selber tun es auch. (*Abg. Stangl zu Abg. Präsident Reiter: Das machst Du immer so!*) So geht es nicht, Herr Präsident, da müssen wir halt schon eine andere Sprache sprechen. Schauen Sie sich das nur an, 27. Mai, und am 2. Juni haben Sie behauptet, bis dato unbeantwortet. Soll ich Ihnen den Zeitungsartikel geben? Am 2. Juni war es, ich habe gefragt in Lassee, da brauchen Sie keine Angst zu haben. (*Abg. Zimper: Das sind 5 Tage, aber 10 Jahre warten wir auf das Spital!* — *Abg. Präsident Reiter: Die Zeitung ist am 2. Juni erschienen, wann war die Versammlung?*) Ich lese nicht die Zeitung, Herr Präsident. Das steht nicht in der Zeitung, wann es war, ich habe den Fasslabend gefragt. (*Unruhe. — Präsident Dipl.-Ing. Robl nach Abgabe des Glockenzeichens: Bitte, meine Damen und Herren, ich darf nur zur Klarstellung jetzt das Wort nehmen zur Geschäftsordnung. Präsident Reiter konnte das objektiv am 27. oder 29. Mai nicht wissen. Der Eingang ist wohl in der Landtagsdirektion zu diesem Termin protokolliert, aber aufgegeben ist die Anfragebeantwortung erst in der Landtagssitzung, die darnach war. ich schaue jetzt nach, die Landtagssitzung war am 12. Juni, bitte — Abg. Präsident Reiter: Nehmen Sie das jetzt zurück?*) Nein, Herr Präsident, das nehme ich nicht zurück. Sie müssen zurücknehmen, daß am 2. Juni, wo Sie

diese Äußerung getan haben, die Anfragebeantwortung noch nicht da war. Sie war bei der Landtagsdirektion. Ich war dort. Sie als Präsident hätten ja auch die Möglichkeit. (*Abg. Kurzbauer: Das ist unglaublich!* — *Abg. Präsident Reiter: Ich nehme zur Kenntnis, Sie können sonst nichts sagen!* — *Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.*) Herr Präsident, es waren ja auch noch nicht die sechs Wochen um. Sie können nicht heute eine Anfrage stellen und morgen schon sagen, ich will die Antwort haben. (*Zahlreiche Zwischenrufe.*)

Na, darf ich vielleicht wieder reden? Eine weitere Aussage in dieser Versammlung war, (*Abg. Buchinger: Es wird gleich noch einmal etwas nicht stimmen!*) daß die Unterschriftenaktion gelaufen ist für einen raschen Ausbau von Wien-Ost. Herr Präsident, da können Sie nachschauen, der Herr Landeshauptmann hat sicherlich die Unterschriftenlisten noch. Es hat geheißen, für eine Beteiligung an Wien-Ost. Aber das haben Sie so gebraucht, das mußten Sie ja sagen, um zum Schluß zusammenfassen zu können und zu sagen, der Brezovszky ist schuld, daß noch nichts weitergegangen ist. (*Abg. Anzenberger: Sicher! Wer sonst?*) Man muß also die Angelegenheit so formulieren, daß am Schluß der sozialistische Landesrat als Schuldiger dasteht. (*Abg. Reiter: Wer ist jetzt schuld?*) Sie haben in den letzten ... (*Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig: Wer ist denn schuld?*) Hören Sie, Sie können nicht sagen, daß er eine Unterschriftenaktion für eine Beteiligung am raschen Ausbau gemacht hat. (*Abg. Buchinger: Wer ist jetzt schuld?*) Der Reiter, klar. Der Reiter hat etwas Falsches behauptet, das läßt sich ja einwandfrei nachweisen. (*Abg. Buchinger: Also der Reiter ist schuld, daß es nicht gebaut wird!*)

Ich darf vielleicht noch eines sagen. Dieser Artikel hat mich deswegen so empört, (*Abg. Anzenberger: Das ist einer, der Fux!*) weil der Kollege Zimper einmal da herausgegangen ist, von der politischen Moral gesprochen und so getan hat, wie wenn die ÖVP-Fraktion und er im besonderen die politische Moral gepachtet hätten, (*Abg. Zimper: So ist es!*) und da bin ich echt auf die Suche gegangen und habe gesagt, jetzt werde ich halt einmal schauen, wo die politische Moral liegt. Da ist mir dieser Artikel zur Hand gekommen. Ich habe auch in den Psychogrammen der Wahlwerbung ein bißchen nachgeschaut, wer sich über was ärgert. Zum Beispiel der Landeshauptmann über Unehrllichkeit. Na, ich weiß nicht, ob das so eine ehrliche Aussage war, Herr Präsident. Und der Herr Landeshaupt-

mannstellvertreter Ludwig über Intoleranz, die man jetzt ja auch an den Tag legt, indem man sagt, alles was Ihr sagt, gilt überhaupt nichts mehr, wir sind die Mehrheit, wir stimmen Euch nieder. Der Herr Landtagspräsident Robl muß sich über Unaufrichtigkeit ärgern und Sie, Herr Präsident, können sich auch über Unaufrichtigkeit und über Versprechungen, die nicht erfüllt werden können, ärgern. (Abg. Zimper: Genau! Krankenhaus Wien-Ost!) Moment, nur schön langsam, ich bin ja noch nicht fertig. Der Herr Präsident Reiter hat sich also die Sache etwas leicht gemacht. Er hat nur das geredet, was ihm gerade gepaßt hat, hat jene Sitzungsprotokolle zitiert, die ihm gefallen haben, und damit war das für ihn erledigt. Er hat alles andere nicht ins Kalkül gezogen. (Abg. Ing. Kellner: Zitieren Sie andere!) Nein, ich habe nicht andere, ich habe dieselben Protokolle gelesen. Alle seit 1966 habe ich auch gelesen. Herr Präsident, Sie haben nur die falschen Schlußfolgerungen daraus gezogen. (Abg. Präsident Reiter: Zitieren Sie eine Unsachlichkeit im Zusammenhang mit Wien-Ost aus meinen Reden, die ich gehalten habe, wörtlich!) Lassen Sie mich bitte ausreden, ich komme noch dazu. (Unruhe im Hause. — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.) Herr Präsident, anlässlich der Budgetdebatte am 1. Dezember 1977 wurde das letztmal über das sozialmedizinische Zentrum Wien-Ost hier im Hause diskutiert. Haben Sie gesagt 1978? Na, jedenfalls haben Sie als Hauptredner, Herr Präsident, am 1. Dezember 1977 folgende Ausführungen gemacht: „Herr Abg. Dr. Brezovsky, ich mache Ihnen ein Anbot. Machen wir Schluß mit der Debatte über die Dinge, hören wir auf. Ich will nicht, wenn jemand stirbt, den Vorwurf erheben, die Wiener seien schuld, weil das Spital noch nicht gebaut ist. Ich mache Ihnen das Angebot, mit den Debatten über diese Angelegenheit Schluß zu machen.“ Der Dr. Brezovsky hat sich zu Wort gemeldet und ist auf das Angebot wie folgt eingegangen: „Ich akzeptiere Ihr Angebot unter der Voraussetzung, daß es von Ihrer Seite, von Ihren Stellen, auch eingehalten wird, dann wird es auch von uns in dieser Richtung keine Polemik mehr geben. (Abg. Präsident Reiter: Wer hat 1978 damit begonnen?) Moment, moment. Im Jahre 1978 hat man wieder davon geredet, dann war das Anbot wieder hinfällig, dann können wir es also wegstreichen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich glaube nur, Herr Präsident, daß es so auch nicht geht, daß man erst irgendwelche Vereinbarungen trifft und dann schwimmt man darüber hinweg. (Abg. Präsident Reiter: Ich habe sie nicht gebrochen, der

Dr. Brezovsky hat zuerst geredet. Das steht auch in meiner Antwort!)

Ich möchte jetzt doch näher auf das eingehen, was tatsächlich passiert ist. Herr Präsident, es ist seit 1977—1978 nicht mehr darüber gesprochen worden. Jene Kollegen des Nationalrates, die damals noch nicht hier waren, wissen überhaupt nicht, worum es geht. (Abg. Anzenberger: Des Nationalrates? Die sind ja gar nicht da! Des Landtages!) Entschuldigung, jene Kollegen des Landtages wissen überhaupt nicht, worum es geht. Auch der Kollege Kellner hat gesagt, er habe körbeweise gesehen die Unterschriften, die man dem Landeshauptmann gegeben hat. (Abg. Ing. Kellner: Ich habe sie nicht gesehen!) Sie haben gesagt, Sie waren nicht da, aber körbeweise hat man Unterschriften übergeben. Aus diesem Grund möchte ich das noch einmal kurz aufrollen und jene Punkte beleuchten, von denen Sie nicht gesprochen haben. Die Rekapitulation geht allerdings bis auf das Jahr 1922 zurück. (Abg. Anzenberger: Da war der Brezovsky noch gar nicht auf der Welt!) Anzenberger, hör zu, Du wohnst nicht in dem Bezirk, Du hast das Spital nicht in Deinem Bezirk, also Deine Bemerkungen sind hier nicht angebracht. Bis zur Trennung von Wien und Niederösterreich im Jahre 1922 sind die Spitalspatienten des Bezirkes Gänserndorf im Floridsdorfer Spital aufgenommen worden. Da bei der Trennung von Wien und Niederösterreich verabsäumt wurde, eine entsprechende Vereinbarung mit Wien abzuschließen hinsichtlich der spitalsmäßigen Versorgung, ist dieses Gebiet von Wien ausgeschlossen worden und seitdem ist der politische Bezirk Gänserndorf der einzige Bezirk ohne eigenes Spital. Während nun die Patienten des Gerichtsbezirkes Zistersdorf im Mittelpunktspital Mistelbach aufgenommen werden, ist es für die erkrankten Marchfelder der Gerichtsbezirke Gänserndorf, Großenzersdorf und Marchegg eher eine Frage des Zufalles, ob sie nach Korneuburg, Hainburg, Mistelbach oder nach Wien ins Spital eingeliefert werden. Herr Präsident, Sie haben vorhin auch erwähnt, die könnten ja nach Hainburg kommen. In der Ressourcenanalyse des Landes wird festgestellt, daß auch Korneuburg eine Unterversorgung hat, die haben zu wenig Betten in Korneuburg. Und in Hainburg, Bruck, Schwechat ist es ebenso. (Abg. Präsident Reiter: Vom Ausbau haben wir gesprochen!) Also wir konnten gar nicht dort hingehen, weil die ja selber zu wenig Betten haben. Die Korneuburger nehmen uns zwar auf, haben aber selber wenig Betten.

In den Jahren 1952 bis 1958 wurde im Auftrag der Stadtgemeinde Wien und der Nie-

der österreichischen Landesregierung für den Ostteil Wiens und das Marchfeld eine Raumordnungsstudie mit Entwicklungsvorschlägen erstellt. Neben verschiedenen anderen Maßnahmen wurde auch eingehend auf die Marchfeldbewässerung die spitalsmäßige Versorgung der Marchfeldbevölkerung Bezug genommen. Im Text der Studie heißt es folgendermaßen: „Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wird die Durchführung einer Krankenhausplanung für die Stadt und das Landgebiet im Marchfeld unerlässlich bleiben.“ Und auf Seite 61: „Vom Standpunkt der Raumordnung kann hier festgestellt werden, daß für die Errichtung eines kleinen Krankenhauses in Gänserndorf billige Argumente sprechen, daß diese jedoch im Zuge einer Fachplanung abgewogen werden müssen mit jenen Argumenten, die für einen Ausbau der Krankenanstalten im 21. und 22. Wiener Gemeindebezirk sprechen.“ Ich möchte hier sagen, daß sich in der Zwischenzeit seit Erstellung dieser Studie die Bevölkerung des 22. Wiener Gemeindebezirkes von 50.000 auf 105.000 erhöht hat, also verdoppelt hat.

Während in Wien im wesentlichen auf dieser Raumplanungsstudie fußend die Stadtentwicklung betrieben wurde, unterblieben auf niederösterreichischem Gebiet alle Aktivitäten in dieser Richtung. Im Zuge der Erhebung für die Erstellung des Niederösterreich-Planes wurde auch die spitalsmäßige Versorgung des Marchfeldes aktualisiert. Schon 1966 — das hat ja der Herr Präsident gesagt — hat Landesrat Rösch einem beamteten Referenten den Auftrag zu einer Grundlagenerhebung erteilt und das Ergebnis dieser Erhebung war, daß die Feststellung getroffen wurde, daß für den Bezirk Gänserndorf 210 Spitalsbetten wünschenswert erscheinen würden. Anlässlich der Beratung des Voranschlages 1968 hat Landesrat Rösch am 13. Dezember 1967 erstmals von einer Spitalserrichtung gesprochen, und zwar sollte entweder ein Regionalspital oder eine Niederösterreichabteilung im Krankenhaus Floridsdorf errichtet werden. Landesrat Rösch hat damals schon erwähnt, daß er den Zubau in Floridsdorf für die kostengünstigere Lösung halte, weil dort die Grundeinrichtung vorhanden wäre. Wie später auch vom Herrn Präsidenten Reiter eingestanden wurde, hat diese Mitteilung den ÖVP-Klub überrascht. Dieses Eingeständnis der Überraschung birgt aber gleichzeitig auch ein anderes Eingeständnis. Herr Präsident! (Abg. Präsident Reiter: Sie haben bis jetzt noch nichts Interessantes gesagt. Wenn Sie etwas Interessantes sagen, höre ich schon zu.) Jetzt sage ich etwas Interessantes. Sie haben,

Herr Präsident, im Jahre 1977 eingestanden, daß die Mitteilung des Rösch, daß ein neues Krankenhaus gebaut werden soll oder der Zubau in Floridsdorf getätigt werden soll, den ÖVP-Klub überrascht hat. Das Eingeständnis dieser Überraschung beinhaltet aber indirekt auch ein Eingeständnis, daß sich von seiten der ÖVP bis zu dem Zeitpunkt niemand mit der Angelegenheit der Krankenhausversorgung des Bezirkes Gänserndorf befaßt haben muß, sonst wären Sie von der Entwicklung nicht überrascht worden. (Abg. Präsident Reiter: Ich habe ja nur ein paar Sätze sagen können. Sie müssen die ganzen Protokolle lesen!) Ja, ja, Herr Präsident, aber lesen Sie das Protokoll des Jahres 1977. (Abg. Präsident Reiter: Ich habe nur ein paar Worte sagen können! — Abg. Stangl: Er wird doch noch sagen können, was er will! — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.) Ich habe aus diesem Protokoll zitiert. Sie haben gesagt, die ÖVP ist damals von dem Vorschlag des Landesrates Rösch überrascht worden. (Abg. Präsident Reiter: Wann war das? Lesen Sie weiter!) Am 1. Dezember 1977, lesen Sie das nach. Und dieses Eingeständnis der Überraschung bringt natürlich indirekt auch das andere Eingeständnis. (Abg. Präsident Reiter: Ich habe gesagt weiterlesen, nicht nur den einen Satz!) Hören Sie, ich habe alles, nicht nur den einen Satz gelesen. (Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen. Abg. Präsident Reiter: Lesen Sie das jetzt noch einmal. — Abg. Zimper: Was ist jetzt, Herr Kollege? — Abg. Romeder: Steht es, oder steht es nicht?)

Die weitere Überraschung für die ÖVP hat der im Mai 1978 beschlossene Niederösterreich-Plan gebracht, mit dem die niederösterreichischen Sozialisten auf die prekäre Lage der Spitalsversorgung des Bezirkes Gänserndorf besonders aufmerksam gemacht haben. (Abg. Romeder: Wird es gebaut oder nicht? Herr Kollege, was ist alles fertig?) Jetzt geht es um die politische Moral einmal. Der Grundsatzbeschluß von Wien ist am 12. November 1968 gefaßt worden, Herr Präsident, und im Dezember 1968, nach Ihren Aussagen, ist die offizielle Einladung an die Landesregierung ergangen, sich an dem Projekt zu beteiligen. (Abg. Romeder: Wo haben wir die Betten?) Na, das hat doch der Reiter gesagt, das kannst Du jetzt nicht bestreiten. (Rufe von beiden Seiten. — Unruhe. — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.) Die Verhandlungen, Herr Präsident, wurden allerdings damals von der Landesregierung ausgesetzt. (Abg. Präsident Reiter: Sie waren ja dabei!) Ja, aber die anderen waren nicht dabei und die anderen haben auch die

Protokolle nicht gelesen und Sie haben es nicht gesagt. (*Abg. Präsident Reiter: Tun Sie mich nicht aufklären! — Beifall von Abg. Krenn. — Abg. Romeder: Wo sind die Betten?*) Herr Präsident, ich habe eingangs ... (*Abg. Romeder: In welchem Stockwerk haben wir die Betten? Präsident Dipl.-Ing. Robl nach Abgabe des Glockenzeichens: Bitte meine Herren, sich doch zu beruhigen.*) Verhandlungen wurden allerdings damals keine geführt, weil der Herr Landeshauptmann verlangt hat, daß zuerst mit den Bürgermeistern des Bezirkes geredet werden soll. Zu diesem Zweck wurde ein Bürgermeisteramtstag für den 9. Jänner 1969 einberufen. Herr Präsident, da war ich schon dabei, Sie können mir also nicht sagen, ich weiß nicht, worum es dort gegangen ist. Dort sind vier Varianten vorgetragen worden. Die Variante 1 war, daß das Land das Spital baut, die Variante 2, Wien baut das Spital und Niederösterreich beteiligt sich, so wie es später dann auch zustande gekommen ist, die Variante 3 war, Niederösterreich beteiligt sich nicht, aber es trägt zum Abgang dieser Betten irgend etwas bei, und die Variante 4, das war die interessanteste für mich als Bürgermeister, Sie haben mich ja dann auch im Protokoll zitiert, die Gemeinden bauen das Spital und das Land leistet einen Baukostenbeitrag in der Größenordnung von 50 oder auch mehr Prozent. Ich habe zu dieser Variante schon beim Bürgermeisteramtstag gesagt, die Variante kommt für uns Gemeinden überhaupt nicht in Frage, weil den Gemeinden nicht zugemutet werden kann, daß sie noch mehr Finanzmittel für solche Sachen zur Verfügung stellen.

Im Bezirk Gänserndorf haben wir nämlich um dieselbe Zeit herum schon einmal für das Land einen Beitrag geleistet. Es ist da mit den Gemeinden ein böses Spiel getrieben worden, Sie wissen darüber Bescheid. Es ist ein Zubau zur Bezirkshauptmannschaft als Gebäude für den Bezirksfürsorgeverband deklariert worden und dann sind Dienststellen der Bezirkshauptmannschaft einquartiert worden. Bezahlt haben es die Gemeinden des Bezirkes. (*Abg. Zimper: Die Variante 5 haben Sie nicht gesagt!*) Die behalten Sie für sich, die behalten Sie für sich. (*Abg. Zimper: Versprechen und nicht bauen!*) Das Land hat sich also an den Finanzmitteln des Bezirksfürsorgeverbandes hinsichtlich des Zubaus zur Bezirkshauptmannschaft bereichert. Das war damals ein einstimmiger Beschluß, bei dem niemand gewußt hat, worum es da geht. Herr Präsident, Sie wissen das. Ich habe das schon einmal im Sozialhilfebeirat gesagt.

Um die Variante der Beteiligung an Wien-Ost doch noch irgendwie zum Wanken zu

bringen, haben die ÖVP-Gemeindefunktionäre eine Versammlung abgehalten und haben darüber diskutiert. Herausgekommen ist dabei nicht viel, weil nachher die Grundlagen-erhebungen ergeben haben, daß es doch zweckmäßiger wäre, nach Wien-Ost zu gehen.

Aber vorher hat der damalige Abg. Dr. Brezovszky die Unterschriftenaktion gestartet, ich sage es noch einmal, unter dem Tenor „Beteiligung an Wien-Ost“. (*Abg. Romeder: Welcher Stock? Erster Stock? Zweiter Stock?*) Es konnte doch damals gar nicht sinnvoll sein, das zu verlangen, weil man ja die Beteiligung noch gar nicht beschlossen hatte. Der Initiator Dr. Brezovszky, Sie wissen das, hat auch von ÖVP-Gemeindefunktionären aus dem Marchfeld Unterstützung bekommen. Der Kollege Kellner hat gesagt, na ja, Körbe von Unterschriften wurden dem Landeshauptmann überreicht. Jetzt ist er nicht da. (*Abg. Ing. Kellner: Habe ich auch in der Zeitung gelesen so wie Sie, Herr Kollege!*) Wollen Sie das Flugblatt haben? Sie sehen hier nichts anderes als einen Ordner, allerdings wohlgefüllt, und Sie sehen die rasche Handbewegung des Herrn Landeshauptmannes, so rasch, daß der mit dem Blitzlicht gar nicht zurechtgekommen ist, die Aufnahme ist ein bisschen verwackelt. Er wollte also diese Unterschriften gar nicht annehmen und der Herr Präsident hat ja gesagt, daß es da bissige Bemerkungen auch vom Landesrat Rösch gegeben hat, der gemeint hat, daß das Verhalten des Herrn Landeshauptmannes das spanische Hofzeremoniell übertrifft. Aber jetzt komme ich wieder zur Sache, womit man der Geschichte ein bisschen näherkommt. Diese abwehrende Handbewegung des Herrn Landeshauptmannes war signifikant für die Haltung der ÖVP überhaupt. Im Volksblatt hat man ja Tage nachher geschrieben: „Rösch schlägt unwirtschaftliche Lösung vor“. Heute wissen wir, weil man später immer leichter urteilen kann, daß es eine gute Lösung war, daß es meiner Meinung nach das beste Geschäft war, das die Landesregierung einschließlich der Operngasse im letzten Jahrzehnt abgeschlossen hat. (*Abg. Anzenberger: Wir haben gefragt, was mit dem Spital ist, nicht was im Jahre 1966 in der Zeitung stand! — Abg. Zimper: Kein einziger Ziegel liegt noch dort!*) Auch auf das komme ich noch. Klarer formuliert hat es allerdings, Kollege Zimper, die Wochenpresse, welche im Titel geschrieben hat, damit ist ein Teil des Niederösterreich-Planes endgültig zu Fall gebracht worden. Sie triumphierte zwar etwas zu früh, aber sie läßt tiefer blicken mit dieser Überschrift, weil sie sagt, um was es der ÖVP dabei gegangen ist. Gar nicht um die Sorge

der Versorgung der Marchfeldbevölkerung, sondern darum, einen Punkt des Niederösterreich-Planes zu Fall zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Romeder: Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Abg. Zimper: Können Sie es als Weinviertler wirklich verteidigen, daß das Spital noch immer nicht gebaut ist? Bekennen Sie sich dazu! Bekennen Sie sich zu der Errichtung!)* Und weil Ihnen letztlich das nicht gelungen ist, weil Sie das nicht verhindern konnten, geht es Ihnen seither so wie dem griechischen Staatsmann Themistokles, welcher in bezug auf den Ausgang der Schlacht von Marathon und den Feldherrn Miltiades gesagt hat, dieser Sieg des Miltiades läßt mich nicht schlafen. Sie können scheinbar seit der Zeit über das Krankenhaus Wien-Ost auch nicht mehr schlafen. *(Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Weil es nicht gebaut wird! Aus Sorge! — Abg. Zimper: Zehn Jahre schlafen die schon!)*

Am 19. Dezember 1969, also ein Jahr, nachdem die Wiener das Anbot an die Landesregierung gestellt haben, wurde die Beteiligung von Niederösterreich beschlossen. Die Landesräte Rösch und Ludwig wurden nochmals mit der Verhandlungsführung betraut, sie waren ja schon vorher einmal damit betraut. Im Jahre 1970 hat die Landesregierung wieder einen Beschluß gefaßt — das sind alles Ihre Aussagen, Herr Präsident, die können Sie gar nicht bestreiten. Am 14. Juli 1970 hat die Landesregierung einen Beschluß gefaßt, keine konkreten Verhandlungen mehr zu führen und eine Kostenschätzung über den Neubau eines Spitäles in Gänserndorf in Auftrag zu geben. Konsequenz wie wir halt schon sind, sind die Verhandlungen weitergeführt worden, trotzdem der gegenteilige Beschluß da war. Sie sind weitergeführt worden und am 13. Juli 1971, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Es ist allerdings noch zwei Jahre weitergegangen und am 12. Juli 1973 hat der Landtag auch den Beschluß fassen können, daß dieser Vertrag akzeptiert wird. Der Vertrag wurde von der Landesregierung im Oktober 1973 unterzeichnet. Von der ersten Nennung im Jahre 1967 durch den Landesrat Rösch, daß für den Bezirk Gänserndorf ein Spital notwendig wäre, bis zur Unterzeichnung sind sechs Jahre vergangen. Wenn man das eine Jahr wegchnet und sagt, das Anbot ist erst im Jahre 1968 ergangen, waren es immer noch fünf Jahre.

Ich habe bewußt einige Fakten aufgeführt und eigens beleuchtet, weil ich damit vor Augen führen wollte, daß es der ÖVP durchaus nicht darum zu tun war, in Wien-Ost ein Krankenhaus zu bauen, daß es also nicht das

Wunschkind der ÖVP war und daß die ÖVP dieses unerwünschte Kind am liebsten abgetrieben hätte, nur hat es damals noch einen § 144 gegeben. Ihr habt Euch halt noch nicht getraut. Ich muß allerdings feststellen — Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte fassen Sie es als Kompliment auf —, daß das seinerzeitige Verhandlungsergebnis mit Wien anerkanntenswert ist und daß es, ich habe es schon gesagt, noch kein so gutes Geschäft gegeben hat in den letzten zehn Jahren, das die Landesregierung gemacht hat.

Ich möchte ab der Zeit der Unterzeichnung des Vertrages nichts mehr sagen, weil in der Anfragebeantwortung, *(Abg. Zimper: Von der Unterzeichnung bis jetzt sind es zehn Jahre!)* Zimper, hör einmal zu, *(Abg. Leichtfried: Sieben Jahre, Herr Kollege! — Abg. Zimper: Jetzt wird es zuwider! — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.)* entgegen den Ausführungen des Herrn Präsidenten durchaus ausreichend geantwortet wird. Herr Präsident, wenn Sie die Frage stellen, ist dem Herrn Landesrat bekannt, in welchem Stadium sich die Errichtung des Krankenhauses Wien-Ost befindet, und er gibt Ihnen eine Antwort darauf, was soll ich Ihnen sagen? Soll ich nur sagen, daß dort noch keine Schnallen drauf sind oder was? In welchem Stadium, das berichtet er Ihnen ja, und in der Frage, wann es fertiggestellt werden soll, wissen Sie, Herr Präsident, da geht es den Niederösterreichern auch nicht viel anders. Ich kann Ihnen ein Beispiel sagen. *(Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Das haben wir schon in der Arbeiterzeitung gelesen!)* Nein, Herr Landeshauptmann, das können Sie nicht gelesen haben. Daß es halt ein bißchen langsam geht, da könnten wir uns vorstellen, daß es auch schneller geht, das ist keine Frage. Wir als Gänserndorfer sind ja die Leidtragenden. Der Zimper redet immer nur dazwischen und kennt sich nicht aus. Waren Sie schon einmal im Bezirk Gänserndorf? Ich lade Sie ein, kommen Sie einmal hin. Wir würden auch lieber sehen, wenn der Baufortschritt in Wien-Ost beschleunigt werden könnte. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, der enorme Bauaufwand für das Gesamtprojekt macht es aber auch verständlich, daß man in Etappen baut und daß auf einen längeren Zeitraum verteilt gebaut wird. Hier unterscheidet sich Wien durch nichts von Niederösterreich. Wir haben verschiedene Bauten in den niederösterreichischen Landeskrankenhäusern, die schon jahrelang um- und zugebaut werden, ohne daß ein nahes Ende absehbar ist. Der Bauaufwand steigt. *(Unruhe im Hause. — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.)* Zum Beispiel war

er im Landeskrankenhaus Waidhofen an der Thaya ursprünglich präliminiert mit 100 Millionen Schilling und beträgt jetzt schon 200 Millionen Schilling. Vor wenigen Tagen wurde das neuerrichtete Landes-Pflegeheim Tulln seiner Bestimmung übergeben. Seinerzeit, als die Errichtung im Landtag beschlossen wurde, hat es geheißen, die Bauzeit wird vom Jahre 1975 bis zum Jahre 1978 dauern. Aber sie dauerte nicht nur die drei Jahre, sie war viereinhalb Jahre, das heißt, man hat um 50% die Bauzeit überschritten. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Kellner, gemessen an diesem Bauvolumen sind eineinhalb Jahre doch etwas, denn die haben in Wien-Ost ein anderes Bauvolumen, das muß man doch auch in Rechnung stellen. Und die Baukosten sind veranschlagt gewesen mit 104 Millionen Schilling und betragen nun 140 Millionen Schilling, allerdings wurde die Bettenzahl auch erhöht.

Weil Sie, Herr Präsident, auch gesprochen haben von den Versprechungen, die gemacht wurden und angeblich nicht gehalten wurden vom Abg. Dr. Brezovszky, muß ich Ihnen eines sagen: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig hat im Jahre 1974 vor der Landtagswahl in Gänserndorf die Aussage gemacht, mit der Kollegin Kirchmair, daß im Jahre 1975 in Gänserndorf ein Altenheim auf einem dort gekauften Grund gebaut werde. Im Sozialhilfebeirat wurde auch im Jahre 1975 darüber berichtet. Die Kostenschätzung belief sich auf 50 Millionen Schilling. Dann hat es im Jahre 1978 einen Landtagsbeschluß gegeben, daß man den Bau genehmigt hat. Dann hat es einen Architektenwettbewerb gegeben. Im Sozialhilfebeiratsprotokoll vom 13. Juni 1978 steht: „Mit dem Baubeginn kann Mitte 1979 gerechnet werden.“ Im Jahre 1979, vor der Landtagswahl, war der Landeshauptmannstellvertreter in Marchegg und hat dort wieder ein Versprechen abgegeben. Im Jahre 1979 wird gebaut, hat er gesagt. Und im Jahre 1979 ist wieder nichts gebaut worden. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Herr Kollege, frage den ehemaligen Bürgermeister von Gänserndorf, warum wir nichts machen! Frage ihn, was mit der Kläranlage, mit der Baubewilligung ist! — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen.*) Herr Landeshauptmann, wenn Sie ... (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Den ehemaligen Bürgermeister frage, warum wir nichts machen können! Den Bürgermeister von Zöbern! Das darf nicht wahr sein!*) Da kann man nicht reden! Das kann nicht wahr sein, Herr Landeshauptmann, Sie können auch

herausgehen! (*Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Robl gibt das Glockenzeichen!*) Aber ich sage Ihnen, Sie haben das Versprechen abgegeben. Es ist ohne weiteres möglich, daß man dort baut. Denn Sie werden sowieso nicht in der Zeit, die Sie vorgesehen haben, in vier Jahren, mit dem Bau fertig und bis zu der Zeit steht die Kläranlage auch schon. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: In zwei Jahren bauen wir, nicht in vier Jahren! — Präsident Dipl.-Ing. Robl nach Abgabe des Glockenzeichens: Bitte über das Krankenhaus Wien-Ost, über die Anfragebeantwortung zu sprechen. — Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Wien-Ost steht zur Diskussion. — Abg. Blochberger: Wien-Ost, nicht Wild-West!*)

Wien-Ost steht zur Frage, gut, Wien-Ost. Meine Fraktion ist der Meinung, daß die Anfragen sehr exakt und vollständig beantwortet wurden. Ich möchte, wie ich vorher gesagt habe, folgenden Antrag stellen:

Die Anfragebeantwortung gibt eine ausführliche Darstellung der Situation und entspricht durchaus den gestellten Fragen. Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag möge die Anfragebeantwortung zustimmend zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Worte gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Brezovszky.

Landesrat Dr. BREZOVSZKY: Herr Präsident! Hohes Haus! Die spitalsmäßige Versorgung eines Bezirkes interessiert die Menschen dann, wenn es in einem ganzen Bezirk kein Krankenhaus gibt. Und nachdem es im Bezirk Gänserndorf seit 1922 keine geordnete spitalsmäßige Versorgung gibt, ist es klar, daß dieses Problem die Menschen solange bewegen wird, bis es einer endgültigen Lösung zugeführt wird.

Sieben Jahre lang, von 1966 bis 1973, dauerte die Diskussion im Lande Niederösterreich, bis man in der Lage war, zu einer Problemlösung zu kommen in der Form, daß ein Kleinkrankenhaus nicht gebaut wird, sondern daß man vertragsmäßig eine Beteiligung an einem Großkrankenhaus in einem anderen Bundesland vereinbart hat. Die Frage, warum es solange gedauert hat, sieben Jahre lang, zu einer Entscheidung zu kommen, hat sicherlich mehrere Hintergründe und wer sie vielleicht noch nicht gekannt hat, der hat sie im Laufe der letzten Stunde neuerlich gehört.

Es dauerte dann zwei Jahre, bis im sozialmedizinischen Zentrum Wien-Ost mit dem Bau jener Einrichtungen begonnen wurde, die die Voraussetzung bilden, daß ein zu bauendes Krankenhaus überhaupt in Betrieb genommen werden kann. In den letzten fünf

Jahren sind 800 Millionen Schilling in Wien-Ost verbaut worden. Im September beginnt der dritte Jahrgang von Krankenpflegeschülerinnen. Die Stadt Wien hat gegenwärtig einen Fehlbedarf von 400 diplomierten Krankenschwestern. Selbst wenn der Bettentrakt als erstes gebaut worden wäre, wäre er nach der Eröffnung sofort stillzulegen gewesen, so wie das ja in einer Reihe von Fällen schon in der Vergangenheit der Fall war. Gerade vor wenigen Tagen ist auch in Niederösterreich in einer Wochenzeitung so ein Fall aufgezeigt worden. Aber auch vor einem Jahr schon ist ein Krankenhaus neu errichtet worden mit einer hochmodernen Intensivstation und auch diese Intensivstation kann bis heute mangels Personals nicht in Betrieb genommen werden. Daher war es völlig richtig und es ist rein von sachlichen Überlegungen ausgegangen worden, als man zuerst eine Schwesternschule, ein Schwesterninternat, 500 Personalwohnungen, ein psychiatrisches Krankenhaus mit 460 Betten gebaut hat, damit man in der Zwischenzeit jenes diplomierte Krankenpflegepersonal herangebildet, das überhaupt eine Inbetriebnahme ermöglicht.

Dazu ist noch folgendes gekommen: Man hat im Jahre 1973 einen Vertrag abgeschlossen, in dem ein Begriff enthalten ist, der die Marchfeldbevölkerung nach wie vor ohne spitalsmäßige Versorgung hält; es ist nämlich in diesen Vertrag aufgenommen worden der Begriff „Krankenhaus Wien-Ost“. Dort wird aber ein sozialmedizinisches Zentrum Wien-Ost gebaut. Dieser Begriff bedeutet, daß man eine sehr wichtige Bestimmung dieses Vertrages noch nicht in Anspruch nehmen kann, denn es steht im Punkt 1 dieses Vertrages, daß fünf Jahre nach Baubeginn des im Punkt 1 bezeichneten Projektes die Gemeinde Wien verpflichtet ist, allen Marchfelder Patienten die Möglichkeit zu geben, in einem Wiener Krankenhaus, wo immer das auch in Wien situiert ist, unterzukommen. Hätte man in diesen Vertrag „Baubeginn des sozialmedizinischen Zentrums Wien-Ost“ hineingenommen, dann wäre die spitalsmäßige Versorgung des Marchfeldes mit dem Jahre 1981, also mit dem kommenden Jahr, in vollem Umfange eingetreten. So ist nun diese erste Phase, dieser erste Bauabschnitt, mit Ende 1981 fertig, inzwischen ist die Planung abgeschlossen und es wird nach dem Schreiben des zuständigen Stadtrates Stacher 1982 begonnen mit den Bettentrakten. (*Abg. Anzenberger: Frau Körner war ja die Referentin!*) Schauen Sie, ich möchte ja nur sagen, wie der Vertragstext lautet. Diesen Vertragstext hat die Landesregierung genehmigt, der Landtag hat ihn zur Kenntnis genommen. Ich stelle ja

hier überhaupt nicht die Schuldfrage, ob der oder jener. Wie gesagt, ein einziges Wort hat eben dazu geführt, daß erstens einmal auf den Baubeginn des Krankenhausteiles gewartet werden muß und daß dann das Land Niederösterreich mit seinen finanziellen Raten beginnen kann, weil in dem Vertrag drinnensteht, daß die 85 Millionen Schilling in zehn Halbjahresraten zu zahlen sind, wobei mit der ersten Ratenzahlung zu beginnen ist am 1. April oder 1. Oktober nach Baubeginn. Ich habe den Auftrag an das Referat gegeben, die budgetäre Vorsorge zu treffen, daß für den Fall, daß der Bau beginnt, auch das Land seinen Verpflichtungen mit den Ratenzahlungen nachkommen kann.

Dazu ist aber noch eines zu sagen. Die ursprüngliche Planung hat ein Krankenhaus vorgesehen, das in einem Gebäude untergebracht ist. Auf Grund der Erfahrungen, die man mit diesen Riesenbauten gemacht hat, wurde vom zuständigen Stadtrat Stacher die gesamte Planung wieder zurückgenommen und es wurde ein neuerlicher Auftrag gegeben, nach jenen Auffassungen zu planen, zu denen man sich wieder bekehrt hat, nämlich zum Pavillonsystem. (*Abg. Anzenberger: Dann stimmt das nicht, was beim AKH gesagt wurde!*) Dadurch ist es notwendig geworden, das sozialmedizinische Zentrum und die Bettenzahlen völlig neu zu gestalten und zu planen. Im Pavillonsystem werden nun gebaut: Eine erste medizinische Interne mit 128 Betten, vier Abteilungen zu je 32 Betten, eine zweite medizinische Abteilung mit 96 Betten, eine Neurologie mit 32 Betten, ein Unfalltrakt mit 64 Betten, eine Chirurgie mit 96 Betten, eine Orthopädie mit 67 Betten, eine Gynäkologie mit 64 Betten, eine Kinderinterne mit 64 Betten, eine Kinderchirurgie mit 64 Betten, eine Urologie mit 32 Betten, eine HNO mit 32 Betten, eine Derma mit 32 Betten, (*Abg. Fidesser: In zehn Jahren!*) eine Augenabteilung mit 32 Betten, eine Psychiatrie mit 108 Betten, insgesamt 980 Betten. Dazu für die Langzeittherapie 180 Betten, Sonderbetten für die Intensivinterne 12 Betten, für die Intensivchirurgie 10 Betten, für die Intensiv-Kinder 7 Betten, Aufwachbetten 10, Dialyse 8 Betten, Strahlenbetten 6. Zusätzlich ist jeder Abteilung eine Ambulanz zugeordnet, ferner sind vorgesehen ein Institut für physische Medizin, ein Institut für Röntgendiagnostik, ein Institut für Nuklearmedizin, ein Institut für Labormedizin, ein bakteriologisches Institut, ein Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, 13 aseptische Operationssäle und 3 septische Operationssäle. Diese Neugestaltung ermöglichte es nun dem zuständigen Gesundheitsstadtrat, ein

Krankenhaus zu planen, das den gegenwärtigen Anforderungen und Auffassungen der Medizin voll entspricht, sodaß auch dieses Programm nun genehmigt ist und nun die weitere Planung, nachdem das Raum- und Funktionsprogramm sowie der Baumassensplan fertiggestellt ist, in Auftrag gegeben ist und nach Beendigung der beiden geriatrischen Krankenhäuser in Wien-Ost nun begonnen werden kann. Für den Grundversorgungstrakt des Krankenhauses Wien-Ost ist eine Bauzeit von rund fünf Jahren vorgesehen. In weiterer Folge werden dann alle zusätzlichen Abteilungen und Institute gebaut.

Für die Marchfeldbevölkerung ist ein einziger Termin jetzt noch offen, der wichtig ist, nämlich der Baubeginn des ersten Pavillons. Ab diesem Zeitpunkt beginnt die Fünfjahresfrist in dem Vertrag zu laufen. Wenn nach fünf Jahren das sozialmedizinische Zentrum Wien-Ost nicht fertig ist, muß die Gemeinde Wien allen Marchfelder Patienten in irgendeinem Wiener Krankenhaus die Betten zur Verfügung stellen, das heißt, daß also nach menschlichem Ermessen im Jahre 1987 die vollständige spitalsmäßige Versorgung der Marchfeldbevölkerung gewährleistet ist, und zwar in einem Krankenhaus oder (*Abg. Anzenberger: Der Stadt Wien! — Abg. Fidesser: Im Wilhelminenspital!*) in Krankenhäusern der Stadt Wien, in denen alle Abteilungen vorhanden sind. Und das ist ja auch der Grund, warum die Marchfeldbevölkerung auch mit Geduld auf dieses sozialmedizinische Zentrum wartet, (*Abg. Kurzbauer: Warten muß!*) weil auch die Marchfeldbevölkerung einen Anspruch erhebt auf eine vollständige spitalsmäßige Versorgung.

Ich darf noch den letzten Satz des Stadtrates Stacher aus seinem Schreiben, das er an mich gerichtet hat, bekanntgeben: „Ich darf Dir noch mitteilen, daß die Vorgangsweise eines Baues in Etappen dadurch begründet ist, daß wir derzeit aus Personalangel außerstande wären, ein weiteres Krankenhaus zu betreiben — derzeit 403 Schwesterposten —, daß wir aber durch unsere Anstrengungen auf diesem Sektor zur Zeit der Fertigstellung des sozialmedizinischen Zentrums Wien-Ost imstande sein werden, es auch zu betreiben“. Und das ist, glaube ich, das Entscheidende, daß man ein Krankenhaus so plant und so baut, daß es nach Fertigstellung auch betrieben werden kann.

Insgesamt gibt es eine zehnjährige Verzögerung und ich glaube, niemand wird den Gesundheitsreferenten des Landes Niederösterreich sagen können, daß sie die zehnjährige Verzögerung verursacht haben. Ich nehme da keinen einzigen Gesundheitsreferenten

aus. Daher muß man, wenn man diese Dinge sachlich betrachtet, feststellen, daß diese Verzögerungen eben in bestimmten Fragen gelegen sind, die nicht nur sachlicher Natur waren, um es ganz genau zu sagen. (*Abg. Fidesser: Nicht sachlicher Natur! Ich nenne das Allgemeine Krankenhaus!*) Herr Kollege Fidesser, nicht nur sachlicher Natur, sondern sie sind auch in einem Bereich gelegen, in dem die Niederösterreichische Landesregierung und der Niederösterreichische Landtag keinen Einfluß haben. Daher wäre es die Aufgabe jener, dafür zu sorgen, daß dieses Krankenhaus noch rascher gebaut wird, die in dem betreffenden Bundesland die Verantwortung tragen. (*Abg. Anzenberger: Was heißt das?*) Wir können immer nur mit den Verantwortlichen in Wien verhandeln und so oft ich mit einem der Wiener Verantwortlichen in den letzten Jahren zusammengekommen bin, habe ich mit ihm gesprochen. Ich habe auch den Baufortschritt mitverfolgt, war schon zweimal mit einigen Bürgermeistern des Bezirkes und Mandataren im sozialmedizinischen Zentrum Wien-Ost, habe mich vom Baufortschritt überzeugt und konnte feststellen, daß dort in fünf Jahren 800 Millionen Schilling verbaut worden sind. Wir haben aber in Niederösterreich auch Baustellen, wo für 140 Millionen Schilling auch fünf Jahre Bauzeit gebraucht worden sind.

Alles in allem möchte ich eines sagen: Wir alle können, glaube ich, mit Genugtuung feststellen, daß der Vertrag, der im Dezember 1973 in Kraft getreten ist durch die Unterschrift des Bürgermeisters Gratz, des Vizebürgermeisters Pfoch und des Stadtrates Stacher, einer der besten Verträge war, der jemals von Niederösterreich abgeschlossen worden ist. Denn für 85 Millionen Schilling bekommt das Land Niederösterreich das Recht, 200 Patienten einzuweisen, das heißt, daß ein Spitalsbett umgerechnet 450.000 Schilling kostet. Nachdem in dem Vertrag keine Gleitklausel drinnen ist, kein Index drinnen ist, wird dieser Betrag von uns als Fixbetrag angesehen. Dazu kommt noch, daß in diesem Vertrag ausdrücklich vorgesehen ist, daß das Land Niederösterreich keinen Beitrag zur Abgangsdeckung für diese 200 Betten zu leisten hat. Also wenn jemals dem Lande Niederösterreich ein guter Dienst erwiesen worden ist, dann durch diesen Vertrag, weil man 200 Menschen um 85 Millionen Schilling unterbringt, man keine Abgangsdeckung zu finanzieren hat und gleichzeitig 200 Niederösterreichern ein hochmodernes Krankenhaus mit all den Abteilungen zur Verfügung steht. Und dafür gebührt, das möchte ich von dieser Stelle namens der Niederösterreicher, vor al-

lem der Marchfeldbevölkerung sagen, der Dank allen, ohne Ausnahme, daß sie erstens einmal dazu beigetragen haben, daß es überhaupt zu den Vertragsverhandlungen gekommen ist, daß dann diese Vertragsverhandlungen so positiv für Niederösterreich abgeschlossen worden sind und daß für einen Teil unseres Landesgebietes hier eine Einrichtung geschaffen wurde, um die die anderen Teile sicherlich die Marchfelder beneiden werden.

Ich habe den Auftrag gegeben, festzustellen, wann mit dem zweiten Abschnitt, Krankenhausbau, begonnen wird, und habe den Auftrag gegeben, daß die zuständige Abteilung auch die budgetäre Vorsorge trifft. Damit möchte ich allen nochmals danken und möchte glauben, nachdem die Dinge nun — seit 14 Jahren, sagen die einen, die anderen sagen seit 13 Jahren — diskutiert worden sind und es genau zu dieser Stunde vor elf Jahren am 26. Juni, zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung gekommen ist, daß diese lebhaft Auseinandersetzung trotzdem gut war, weil sie einer guten Sache gedient hat. Ich glaube, jeder wollte das Beste herausholen. Daß es uns geglückt ist, allen gemeinsam, die Marchfelder Bevölkerung nun in absehbarer Zeit spitalsmäßig ordentlich zu versorgen, ich glaube, dafür war die ganze Auseinandersetzung, selbst die heutige, die sich nicht viel unterschieden hat von der vor elf Jahren, selbst richtig und ganz wichtig. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig.

Landeshauptmannstellvertreter LUDWIG: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht gehabt, zum Krankenhaus Wien-Ost zu reden, bin aber einige Male apostrophiert worden und da fühle ich mich verpflichtet, einiges zu sagen, allein schon deswegen, weil ich der niederösterreichische Verhandler war beim Abschluß dieses Vertrages und ich langsam den Eindruck gewinne, 'alle anderen haben etwas getan, nur nicht vielleicht das Land Niederösterreich. Daher darf ich einige Sachen ganz kurz, telegrammstilartig vor allem dem Herrn Abg. Fux ins Gedächtnis rufen. *(Abg. Anzenberger: Die Wiener hat er genannt, aber nicht die Niederösterreicher!)* Ich darf vielleicht sagen, daß ich am 23. April 1968 Gespräche mit dem damaligen Vizebürgermeister Slavik geführt habe, und zwar über vier oder fünf Punkte. Erstens einmal die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schloß **Laxenburg-Betriebsgesellschaft**, zweitens die Vermietung des Göteborghauses —

dort haben wir seinerzeit die niederösterreichischen Kinder untergebracht gehabt, wir haben sie dann nach Mödling transferiert —, drittens die Auflassung der Linie 360 und viertens hat bei dem Gespräch dann der Bürgermeister Slavik gesagt, wie schaut es aus mit dem Krankenhaus Wien-Ost. Slavik schwebte ein Krankenhaus in Floridsdorf oder etwa in dieser Gegend vor, in welchem für das Einzugsgebiet der Bezirke Gänserndorf, Schwechat, Großenzersdorf und so weiter 200 Betten zur Verfügung gestellt werden sollen. In dem Zusammenhang ist dann auch noch über das Palais Schönburg gesprochen worden.

Ich habe sofort nach dem Gespräch, das am 23. April stattgefunden hat, am 7. Mai 1968 den zuständigen Gesundheitsreferenten Rösch von dem Gespräch informiert und ihn gebeten, alles zu unternehmen, damit wir hier weiterkommen. Und er hat dann Gespräche geführt und hat am 4. Dezember 1969 dem Herrn Landeshauptmann Maurer geschrieben, man möge in einer der nächsten Regierungssitzungen dringend einen Beschluß fassen, denn Vizebürgermeister Slavik hat mit Schreiben vom 5. August 1969 mitgeteilt, daß sich die Stadt Wien nur bereit erklärt, noch bis Ende 1969 auf eine Entscheidung des Landes Niederösterreich zu warten, weil eben mit dem Bau begonnen werden soll. *(Zwischenruf von Zinks.)* Es steht drinnen „mit dem Bau“, ich kann nichts anderes herauslesen, als im Brief steht, Herr Kollege. Daraufhin haben wir dann verhandelt und der Kollege Rösch hat am 13. Jänner 1970 an den damaligen Vizebürgermeister Slavik ein Schreiben gerichtet und drei Terminvorschläge erstattet: Den 21. Jänner 1970 um 11 Uhr, den 27. Jänner um 14 Uhr und den 14. Februar um 17 Uhr. Auf Grund dieses Briefes haben dann sehr rasch Gespräche stattgefunden und wir — Rösch und Ludwig von Niederösterreich, Slavik und Machtl von Wien — haben auch einige Noten ausgetauscht. Ich will Sie heute davon verschonen, Ihnen das alles vorzulesen. Bürgermeister Slavik hat bereits im Jahre 1970 dem Lande Niederösterreich und mir mitgeteilt, wir sollen halt rasch handeln, und er schlug vor, das Land Niederösterreich leistet als Beitrag zu den Errichtungskosten des Krankenhauses Wien-Ost insgesamt einen Beitrag in der Höhe von 85 Millionen Schilling in fünf Jahresraten, erste Jahresrate 1972, weitere Raten 1973 bis 1976, zweimal 16 Millionen Schilling, einmal 17, zweimal 18 Millionen Schilling.

Bei diesen Gesprächen haben wir immer verlangt, daß man von den Betriebskosten in Zukunft Abstand nimmt, und beide Verhand-

lungspartner des Landes Niederösterreich, sowohl Rösch als auch Ludwig, haben erklärt, rund 80.000 Niederösterreicher arbeiten dauernd in Wien, helfen mit, daß die Substanz vermehrt wird, daher haben sie auch ein Anrecht darauf, daß Niederösterreich entlastet wird. Die damaligen Wiener Verhandlungspartner haben das zur Kenntnis genommen und in einem Brief vom 4. Dezember 1970 schreibt der Vizebürgermeister Slavik: „Die Stadt Wien verzichtet auf eine Beteiligung Niederösterreichs an der Deckung eines Betriebsabganges des Krankenhauses Wien-Ost.“

Wir haben dann noch weiter verhandelt, wieder beide, und haben erklärt, was geschieht, wenn wir bereits die Beträge in den Jahren 1972 bis 1976 der Stadt Wien hinlegen und es wird später begonnen. Und da hat es dann geheißen, in den Punkt 3 des Vertrages kommt der Passus hinein, daß die erste Zahlung erst nach Baubeginn zu leisten ist. Ich habe einen zweiten Einwand gemacht und erklärt, was geschieht, wenn in Zukunft vielleicht der Bund bereit ist, bei Krankenhausbauten etwas zu tun? Bitte, das finden Sie auch in dem Vertrag. Sollte der Bund etwas leisten, dann werden sich die Beträge, auch die 85 Millionen Schilling, im gleichen Prozentmaß verringern. Also, daß das auch nicht in Vergessenheit gerät, auch das sollte man im Vertrag nachlesen.

Ich glaube daher, daß es gelungen ist, einen guten Vertrag zustande zu bringen für dieses Land — ich bin Finanzreferent dieses Landes und sonst nichts — und das ist geglückt. Nur hat es niemand geglaubt und der Bürgermeister schreibt ja dann auch bereits am 27. Jänner 1971, lieber Freund, wir werden schauen, daß das bald über die Bühne geht, und zwar 1971. Dann schreibt er weiter, wenn Sie wollen, im Feber 1971. Wir haben uns fixiert auf diese einzelnen Punkte und wir haben immer wieder versucht, Änderungen herbeizuführen. Die Änderungen wurden von Wien akzeptiert und es kam dann zu diesem Landtagsbeschluß vom Dezember 1973, glaube ich. Dieser Vertrag wurde dann unterfertigt und liegt nun parafiert auf.

Eines steht halt fest, keiner ist glücklich, daß nun, wenn das auch noch so schön dargestellt wird, immer gesprochen wird vom sozialmedizinischen Dienst. Ich möchte hier erklären, kein einziges Wort vom sozialmedizinischen Dienst wurde vor den Verhandlungen auch nur in den Mund genommen, weder von den Wienern, noch von den Niederösterreichern, sondern uns ist es darum gegangen, 200 Betten zu bekommen in allen dort zu errichtenden Stationen. Und das ist bitte zu-

gesagt worden. Wenn man heute etwas anderes hineininterpretieren will, so muß ich sagen, entspricht das nicht den Tatsachen.

Und ein zweites möchte ich sagen. Im heurigen Jahr ist uns ein schöner Brief des Stadtrates Mayr in die Hand gekommen, und zwar adressiert an den Herrn Landeshauptmann Ökonomierat Maurer, wo mitgeteilt wird, Ihr Niederösterreicher müßt bis zum Juni erklären, ob Ihr bereit seid, pro Bett 2,5 Millionen Schilling zu bezahlen. Na, das heißt doch um Gottes Willen, daß wir für das Bett, welches bisher 85 Millionen Schilling durch 200, also 425.000 Schilling kostete, jetzt 2,5 Millionen Schilling bezahlen sollen. Also haben wir dem Kollegen Stadtrat Mayr mitgeteilt: Wir haben einen Vertrag, den haben wir geschlossen und haben seinerzeit auch erklärt, daß keine Preissteigerungen, keine Wertsicherungen zu berücksichtigen sind, sondern das ist ein Fixbetrag und diesen Fixbetrag wollen wir auch einhalten. Und wir würden daher um Verständnis bitten, daß das Land Niederösterreich nicht in der Lage ist, dem Wunsch der Stadt Wien nachzukommen, nun von 85 Millionen Schilling auf 500 Millionen Schilling nachzuziehen.

So, bitte, ist die Situation betreffend das Krankenhaus. Wir wären alle miteinander im Interesse der dort lebenden Bevölkerung interessiert, daß rasch gebaut wird, daß Spitalsbetten gebaut werden. Mir nutzt — bitte schön, ich sage es ganz offen — kein Haus, wo ich 400 Schwestern drinnen habe, denn Schwestern können keinen einzigen Patienten aus dem Lande Niederösterreich in der Gegend betreuen, wenn ich noch kein Bett habe. Daher sind wir interessiert, alle miteinander, daß sehr rasch dieses Krankenhaus gebaut wird, und ich glaube, wenn beide Fraktionen dahinter sind, wird rasch etwas von staten gehen. Dann werden wir den Wünschen der Marchfelder Bevölkerung, der Groß-Enzersdorfer und zum Teil auch der Schwechater Bevölkerung einen Dienst erweisen und das wollen wir, denn die jetzt lebende Generation will jetzt betreut werden und nicht im Jahre 2000, weil da sind sie vielleicht nicht mehr auf dieser Welt. Soviel zu diesem Krankenhaus.

Der Kollege Fux hat dann erklärt, das Land Niederösterreich baut doch auch Jahre hindurch das Pflegeheim. Da bin ich nicht zuständig, ich möchte es nur richtigstellen. (*Abg. Fux: Nicht zu Wien-Ost. Ich bin unterbrochen worden!*) Na sicher, aber ich möchte eine Richtigstellung geben. Sie haben das doch hier gebracht, ja? Ich bin nicht der zuständige Referent für Pflegeheime, da haben Sie mich zu Unrecht angesprochen, aber ich möchte das

aufklären, weil ich mitgewirkt habe. Im Dezember 1974 hat der Landtag beschlossen, ein neues Pflegeheim in Tulln zu errichten, damit St. Andrä aufgelassen werden kann. Das ist geplant worden und im Dezember 1976 war Baubeginn. Dreieinhalb Jahre später haben der Herr Landeshauptmann Maurer und der Herr Landesrat Brezovszky das Pflegeheim eröffnet und der Bestimmung übergeben. Also ich frage mich nur, was ist da verzögert worden, wenn dreieinhalb Jahre Bauzeit waren? Ich glaube, dort wurde versucht, rasch zu bauen, damit die pflegebedürftigen Niederösterreicher ein Pflegebett kriegen.

Und ein drittes Problem haben Sie angeschnitten, diese Sache mit dem Pensionistenheim. Dazu auch ein Wort, weil es Gänserndorf betrifft. (*Abg. Fux: Jetzt müßte der Präsident auch einhalten!*) Na hören Sie, Sie haben ja geredet, Sie wollen doch eine Beantwortung, lieber Freund, ich kann das doch nicht im Raum stehen lassen. Der Landtag hat beschlossen, in Gänserndorf ein Pensionistenheim zu errichten. Das tun wir, bitte. Ich mußte die Vergabe der Bauarbeiten in zwei Baubeiräten absetzen, das letztmal diesen Dienstag. Die Ausschreibung ist fertig bis zur Vergabe. Das erstmal mußte ich absetzen, weil ich bei der Stadtgemeinde, verehrter Herr ehemaliger Bürgermeister, trotz wiederholter Urgezen keine Bauverhandlung zustande gebracht habe und also keine Baubewilligung in den Händen hatte. Ich habe erst am 22. Mai 1980 (*Abg. Zimper: Na, Herr Fux!*) eine Bauverhandlung in Gänserndorf zustande gebracht und ein jeder Bürgermeister weiß, daß nach der Bauverhandlung ein Baubescheid ergeht, und der Baubescheid in Rechtskraft erwachsen muß. Bei dieser Bauverhandlung am 22. Mai 1980 wurde festgestellt, daß man in die Kläranlage Protteserstraße nicht einbinden könne, es muß eine neue Kläranlage gebaut werden. Und bis zu dieser Bauverhandlung hatte es noch keine Bauverhandlung über diese Kläranlage gegeben, denn die ist erst am 17. Juni 1980 durchgeführt worden. Da ich nun einer jener sechs Verhandlungspartner bin, die mitwirken, den Wasserwirtschaftsfonds zu vergeben — da gibt es gewöhnlich drei von der SPÖ und drei von der ÖVP, ich wurde von den Ländern der ÖVP nominiert —, werde ich mich bemühen, daß die Stadt Gänserndorf im September das Projekt hineinbekommt und auch genehmigt bekommt. Verehrte Freunde, wenn ich den Bauauftrag zulasse und die Kläranlage ist nicht fertig, dann sind Sie der erste, der in zwei Jahren da

steht und sagt, das hätte er ja wissen müssen, daß er irgendwie die Abwässer wegbringen muß. Sehen Sie, diesen Vorwurf möchte ich mir ersparen. Daher möchte ich auch das Problem gelöst haben und sofort, wenn das Abwasserproblem gelöst ist bitte, wird der Startschuß zum Bau des Pensionistenheimes in Gänserndorf gegeben. Es wird sicher, Kollege Fux, keine zehn Jahre, ich hoffe nicht einmal mehr ein halbes Jahr dauern, aber die Vorfrage muß ich als verantwortlicher Referent geklärt haben. Das möchte ich auch klarstellen, damit nicht hier eine Legendenbildung Platz greift, welche die ganzen Zusammenhänge ins falsche Licht stellt.

Eines möchte ich klarstellen: Wir wollen auf dem Sozialsektor etwas zusammenbringen, ob das nun die Pensionisten- oder Pflegeheime sind, und wir wollen, daß die Niederösterreicher auch auf dem Gesundheitssektor versorgt werden. Wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen, dann werden wir letztlich die Probleme der Niederösterreicher lösen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Die Debatte ist geschlossen. Bei der Verhandlung wurde vom Herrn Abg. Fux der Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Der Abg. Präsident Reiter hat dagegen den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen. (*Nach Abstimmung darüber*): Keine Mehrheit, daher abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen. (*Nach Abstimmung darüber*): Mit Mehrheit angenommen.

Es wurde von Herrn Abg. Präsident Reiter ein Resolutionsantrag gestellt, betrifft die Aufforderung an Dr. Ernest Brezovszky, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit der Neubau der Krankenanstalt Wien-Ost raschest vorangetrieben wird. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Es werden sogleich nach dem Plenum der Finanzausschuß, der Kommunal- und der Landwirtschaftsausschuß und der Wirtschaftsausschuß ihre Nominierungssitzungen im Herrensaal abhalten. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 17.30 Uhr.*)